

Antrag A 1: Kapitel 1 Landtagswahlprogramm

Abstimmung	Ja:	Mehrheit
	Nein:	1
	Enthaltung:	nicht erfasst

1 Sozial und solidarisch in der Krise – Für eine solidarische 2 Zukunft

3 Unsere Gesellschaft steht 2021 und in den nächsten Jahren vor schwierigen
4 Herausforderungen. Sie werden gegenwärtig vor allem von der Corona-Pandemie
5 bestimmt. Kurzarbeitergeld, Liquiditätshilfen für Unternehmen und Selbständige
6 und andere Hilfen werden wir, DIE LINKE. Thüringen, auch weiterhin unterstützen.
7 Wir übersehen nicht, dass auch gegenwärtig Hartz-IV-Empfänger*innen, Menschen
8 mit geringen Löhnen oder Soloselbständige von der Krise am härtesten betroffen
9 sind. Die Politik der Bundesregierung verweigert ihnen eine angemessene Hilfe.
10 Deshalb werden wir uns weiterhin eindringlich für ergänzende Maßnahmen zu
11 Gunsten jener Menschen einsetzen, die aufgrund ihrer beruflichen und
12 persönlichen Situation bisher nicht von bereits vereinbarten und oder
13 angekündigten Hilfsangeboten erreicht wurden. Darüber hinaus benötigen wir in
14 den nächsten Jahren Programme, zum Vorrang des menschlichen Lebens auch nach der
15 Überwindung der Pandemie zu verteidigen und schrittweise zu verstetigen. Die
16 Daseinsvorsorge, vor allem Gesundheit, Bildung, aber auch Energiewirtschaft und
17 Mobilität, muss im Interesse der Menschen und nicht vorrangig nach
18 Gewinnerzielung entwickelt werden. Im Kern geht es uns um den Schutz der
19 Schwächsten in der Gesellschaft sowie um soziale Sicherheit und eine lebenswerte
20 Perspektive für alle Thüringerinnen und Thüringer. Die erfordert vor allem
21 Investitionen in eine moderne Infrastruktur, die auf soziale und ökologische
22 Nachhaltigkeit ausgerichtet ist.

23 Sozial gerecht für Alle

24 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit
25 und sozialer Sicherheit die entscheidende Herausforderung für die Politik in
26 unserem Land. Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir gezeigt, dass
27 eine Politik der Solidarität gelingen kann. Wir haben die Grundlagen unseres
28 gesellschaftlichen Zusammenlebens gemeinsam mit vielen Engagierten in unserem
29 Land erhalten und ausgebaut. Wir setzen Programme gegen Kinder- und Altersarmut
30 um und unterstützen Jugendliche, Menschen mit Behinderungen, Pflegekräfte sowie
31 Pflegebedürftige und entlasten Familien. Wir sichern Krankenhäuser und fördern
32 sozialen Wohnungsbau. Wir denken unsere Politik von den Bedürfnissen der
33 Menschen in Thüringen her. Unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, sozialer
34 Stellung oder sexueller Orientierung der Menschen.
35 Wir werden deshalb den von uns begonnenen Weg der integrierten und

36 beteiligungsorientierten Sozialplanung konsequent fortsetzen. Wir wollen eine
37 bereichsübergreifende Planung von Jugend-, Gesundheits-, Familien- und
38 Pflegepolitik inklusive der Politik für Menschen mit Behinderung. Hierfür werden
39 wir ein bereichsübergreifendes Planungsreferat aufbauen, das Querschnittsthemen
40 wie Integration, Infrastrukturentwicklung und Wohnungspolitik ganzheitlich
41 bearbeitet. Gleichzeitig wollen wir die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
42 bei der Sozialplanung verbessern und damit ihre Mitwirkung und Mitentscheidung
43 stärken. Wir setzen uns für einen Forschungsbereich/eine Forschungsstelle zum
44 Thema Sozialplanung an einer Thüringer Hochschule ein. Wir wollen einen
45 deutschlandweit einmaligen öffentlich finanzierten Masterstudiengang
46 „Sozialplanung“ einrichten.

47 **Frauen und Mädchen: gleiche Rechte, gleiche Chancen – gerade jetzt**

48 Den größten Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen und Folgen der Krise
49 leisten Frauen. Sie sind überdurchschnittlich in den systemrelevanten Berufen
50 beschäftigt und damit auch besonders gefordert. Sehr oft waren und sind sie
51 diejenigen, die im familiären Bereich die Ausnahmesituationen meistern.
52 Hauptsächlich sie erziehen, lehren, pflegen, kümmern sich. Die Doppelbelastung
53 durch Erwerbs- und Familienarbeit, der Frauen auch vor Corona ausgesetzt waren,
54 spitzt sich dramatisch zu und führt nicht selten zu einer Überlastung der Frauen
55 und zur zusätzlichen Belastung der Familien.

56 Gleichzeitig hat die mehrheitliche Entscheidung des Thüringer
57 Verfassungsgerichtshofs, das vom Thüringer Landtag beschlossene Paritätsgesetz
58 (das die Parteien verpflichten sollte, ihre Landeslisten bei Landtagswahlen mit
59 mindestens zur Hälfte mit Frauen zu besetzen) aufzuheben, den Bestrebungen für
60 eine wirkliche Gleichberechtigung von Frauen in unserer Gesellschaft einen
61 Rückschlag zugefügt. Wir lassen uns durch dieses Urteil jedoch nicht entmutigen
62 und kämpfen weiterhin für mehr weibliche Partizipation und eine starke
63 feministische Perspektive. Wir wollen, dass Frauen am gesellschaftlichen,
64 politischen und wirtschaftlichen Leben ohne Einschränkung und gleichberechtigt
65 teilhaben können. Wir stehen für mehr Partizipation auf allen gesellschaftlichen
66 Ebenen, mehr Frauen in Führungspositionen, gleiche Löhne für gleiche und
67 gleichwertige Arbeit von Männern und Frauen, die Abschaffung des Ehegatten-
68 Splittings. Wir sind gegen Altersarmut von Frauen und für die gleichberechtigte
69 Verteilung von familiärer Pflege- und Sorgearbeit und für einen umfassenden
70 Schutz von Frauen vor Gewalt.

- 71 • Wir werden das Thüringer Gleichstellungsgesetz mit Blick auf verbindliche
72 Handlungsmöglichkeiten für die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in
73 den Kommunen und im Land sowie die verpflichtenden Anforderungen an die
74 Verwaltungen novellieren. Unser Ziel besteht in der Stärkung der Stellung
75 der Gleichstellungsbeauftragten und ihrer Kompetenzen. Hierfür bedarf es
76 auch einer stärkeren personellen Ausstattung. Auf Landesebene setzen wir
77 uns für eine Abteilung Frauen- und Gleichstellungspolitik ein, die von der
78 bzw. dem Landesgleichstellungsbeauftragten geleitet werden soll.

- 79 • Wir werden der Gleichstellungspolitik im gesetzgeberischen Handeln mehr
80 Gewicht einräumen. Hierzu wollen wir alle Haushaltsentscheidungen
81 hinsichtlich ihrer Auswirkung auf die Geschlechter besonders prüfen
82 (Genderbudgeting).
- 83 • Wir setzen uns für verbesserte Aufstiegschancen von Frauen im öffentlichen
84 Dienst ein und wollen auch die Privatwirtschaft stärker in Verantwortung
85 nehmen. Auf Bundesebene fordern wir die Einführung eines
86 Lohngerechtigkeitsgesetzes für die Entgeltgleichheit.
- 87 • Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass Angebote und Bedarfe für
88 wohnortnahe Schwangerschaftsabbrüche evaluiert werden, um Lücken in der
89 Versorgung schließen zu können. Wir, DIE LINKE. Thüringen, fordern die
90 ersatzlose Streichung des Paragraphen 219a und 218 Strafgesetzbuch (StGB).
91 Wir wollen Informationsfreiheit und Selbstbestimmung Schwangerer.
- 92 • Ein schneller Ausbau der Plätze in Gewaltschutzeinrichtungen ist ebenso
93 unser Ziel wie ein nachhaltiges und breites Gewaltschutznetz in Thüringen.
94 Es muss allen betroffenen Frauen und Mädchen zugänglich sein, besonders in
95 Pandemiezeiten, in denen sich aufgrund der notwendigen Einschränkungen die
96 Gefahr häuslicher Gewalt erhöht. In solchen Situationen müssen zukünftig
97 die Hilfsangebote für betroffene Frauen und Mädchen verstärkt öffentlich
98 bekannt gemacht und deren ständige Erreichbarkeit gesichert werden.
- 99 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Frauenhäuser und Frauenschutzwohnungen
100 barrierefrei ausgebaut sein müssen. Wir unterstützen Vereine und Vorstände
101 bei der Antragstellung für die von der Bundesregierung in den kommenden
102 Jahren zur Verfügung gestellten Mittel für Investitionen in Frauenhäuser,
103 Frauenschutzwohnungen und Frauenberatungsstellen. Frauen mit Behinderungen,
104 Frauen mit Suchterkrankungen und pflegebedürftige Frauen müssen ebenfalls
105 in einer Schutzeinrichtung Zuflucht finden können. Hierfür wollen wir die
106 Betreuungsstrukturen bis hin zu Kooperationen mit Suchtkliniken oder
107 Pflegediensten weiterentwickeln. Für Frauen mit Behinderungen soll es
108 perspektivisch möglich sein, durch ihre Assistenzkräfte in die Frauenhäuser
109 und Schutzwohnungen begleitet zu werden.
- 110 • Wir wollen eine bessere Vernetzung der Frauenschutzeinrichtungen, damit
111 eine schutzsuchende Frau nicht von einem ausgelasteten Frauenhaus
112 abgewiesen werden muss, sondern gezielt an ein Haus weitervermittelt werden
113 kann, in dem Plätze frei sind. Die Netzwerkarbeit zwischen Polizei,
114 Frauenhäusern, Interventionsstellen und weiteren bei Bedarf involvierten
115 Stellen und Ämtern soll insbesondere in Hochrisikofällen zur Vermeidung
116 schwerster Gewalttaten und Mord ausgebaut werden. Zum Schutz vor häuslicher
117 Gewalt gehört auch, Männer vor gewalttätigen Partnerinnen zu schützen und
118 mit dem Männerschutzprojekt „A 4“ den Bedarf und das Konzept für
119 Männerschutzwohnungen zu klären.
- 120 • Auch auf unsere Initiative sollen die Strukturen zur Umsetzung der
121 Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Kindern sowie besonders

122 vulnerablen Betroffenen wie zum Beispiel Menschen mit Behinderungen,
123 Menschen mit Migrationshintergrund und Rassismus-erfahrungen, Kinder,
124 Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans-, Inter- und queere
125 Menschen (LSBTIQ) und älteren Menschen vor Gewalt aufgebaut werden. Wir
126 setzen uns für die Bereitstellung der dringend notwendigen personellen und
127 finanziellen Ressourcen ein.

128 • Wir setzen uns für die Entkriminalisierung von Prostituierten und
129 Sexarbeitenden ein und wollen für die durch die Corona-Krise in
130 Existenznöte gebrachten Sexarbeiterinnen und -arbeiter ein
131 Unterstützungsnetzwerk aufbauen, um sie zu schützen und zu stärken. Hierfür
132 werden wir eine entsprechende Fachberatungsstelle einrichten.

133 **Ernsthaftigkeit und Augenhöhe im Verhältnis zu Kindern und** 134 **Jugendlichen**

135 Die Interessen von Kindern und Jugendlichen erfordern gesetzlich verbriefte
136 Rechte, verlässliche Strukturen ihrer Selbstvertretung, Kontinuität bei den
137 Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der politischen Jugendbildung. Wir,
138 DIE LINKE. Thüringen, wollen deshalb eine Ausweitung der Rechte von Kindern in
139 der Thüringer Verfassung und in der Kommunalordnung. Wir setzen uns für die
140 gesetzliche Verankerung und die Dynamisierung der Mittel für die örtlichen
141 Jugendförderung und Schulsozialarbeit im Landeshaushalt ein.

142 Selbstkritisch müssen wir feststellen, dass im Rahmen der Corona-Krise die
143 Beteiligung junger Menschen in Schule und Jugendhilfe oft übergangen wurde,
144 obwohl es genug Möglichkeiten gibt, diese auch auf neuen Wegen zu gewährleisten.
145 Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen und Kinder und Jugendliche auch in
146 schwierigen Zeiten stärker einbeziehen, damit sie Selbstwirksamkeit erfahren,
147 sie betreffende Entscheidungen selbst treffen oder beeinflussen und ihr Leben
148 selbstbestimmt gestalten können.

149 • Wir werden die Gründung einer landesweiten Kinder- und Jugend-
150 Selbstvertretung unterstützen und ein Programm auflegen, das explizit die
151 Tätigkeit von Kreisjugendringen und deren Neugründung befördert.
152 Gleichzeitig werden wir die Förderung landesweiter Jugendstrukturen
153 verstetigen. Wir werden uns für die Einrichtung einer Stelle einer/eines
154 Kinderbeauftragten des Landes als Interessenvertretung und
155 Initiatorin/Initiator von Beteiligungsprozessen einsetzen. Wir wollen die
156 Jugendforschung stärker fördern, um eine bessere Untersetzung
157 jugendpolitischer Entscheidungen zu gewährleisten. Im Bundesrat werden wir
158 uns für eine Verankerung der UN-Kinderrechte im Grundgesetz einsetzen.

159 • Wir werden den finanzschwachen Kommunen und Kreisen die Abrufung der Mittel
160 aus der örtlichen Jugendförderung erleichtern. Für die Mittel der örtlichen
161 Jugendförderung wollen wir Verpflichtungsermächtigungen auf mindestens 4
162 Jahre erreichen, damit kommunale Jugendförderpläne längerfristige
163 Finanzierungssicherheit haben. Wir wollen eine Evaluierung der örtlichen

- 164 Planungsprozesse in der Kinder- und Jugendhilfeplanung. Wenn erforderlich,
165 wollen wir gesetzliche Veränderungen vornehmen, um eine vielfältige,
166 plurale, lebendige Jugendförderung flächendeckend umzusetzen.
- 167 • Wir werden im Interesse der Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes dessen
168 personelle Ausstattung verbessern und eine stärkere Vernetzung und
169 Zusammenarbeit von Kinderschutzdiensten, Jugendhilfe, Jugendämtern,
170 Bildungseinrichtungen, Gewaltschutzeinrichtungen und Gesundheitswesen
171 befördern.
 - 172 • Wir wollen Kindern und Jugendliche vor häuslicher Gewalt und sexuellem
173 Missbrauch, vor Mobbing in Kindergärten und Schulen besser schützen. Ein
174 Element hierfür ist das neue Amt der/des Landesbeauftragten für
175 Kinderschutz und zur Bekämpfung sexueller Gewalt an Kindern und die
176 Beteiligung Thüringens am Projekt „Kein Täter werden“ - ein therapeutisches
177 Angebot an der Charité in Berlin zur Prävention von sexuellem
178 Kindesmissbrauch.
 - 179 • Wir werden im Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz konkrete
180 Standards als Pflichtleistung der öffentlichen Träger der Jugendhilfe
181 festlegen. Wir setzen uns für die Umsetzung der vom
182 Landesjugendhilfeausschuss beschlossenen Qualitätsstandards im Kinder- und
183 Jugendschutz ein.
 - 184 • Wir wollen höhere Qualifizierungsanforderungen an Familienrichterinnen und
185 -richter im Bereich des Kindschafts-, Kinder- und Jugendhilferechts. Für
186 die Verfahrensbeistände an den Familiengerichten wollen wir verbesserte und
187 einheitliche Qualifikationsstandards. Wir wollen für die Studienrichtungen
188 Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Soziale Arbeit die Ziele und
189 Methoden des Kinderschutzes verbindlich in die Studienpläne aufnehmen, um
190 die Qualifizierungsstandards in diesem Bereich für alle pädagogischen und
191 sozialen Berufe zu sichern. Diesbezüglich sind alle Fachkräfte
192 kontinuierlich weiterzubilden.
 - 193 • Wir wollen das Kinder- und Jugend-Sorgen-Telefon des Freistaates Thüringen
194 als wichtigen Baustein in der Beratungslandschaft sichern und verstetigen.
 - 195 • Wir sehen die Notwendigkeit, Kindern und Jugendlichen in schwierigen
196 Situationen tatsächlich zu helfen und dabei neue Wege zu gehen. Neben
197 spezialisierten Angeboten für betroffene Jugendliche wollen wir verstärkt
198 auf die individuelle Förderung setzen und hierfür die personellen
199 Voraussetzungen in der Kinder- und Jugendhilfe schaffen.
 - 200 • Freiheitsentziehende Maßnahmen in der Kinder- und Jugendhilfe widersprechen
201 den UN-Kinderrechten. Um die Rechte der jungen Menschen möglichst umfassend
202 zu wahren, wollen wir daher die Thüringer Jugendämter verpflichten, in den
203 Fällen, in denen eine freiheitsentziehende Maßnahme erwogen wird,
204 verfahrensmäßig die Rechte der Kinder bereits im Prozess der Hilfeplanung
205 institutionell besonders zu beachten und deren Durchsetzung zu
206 gewährleisten. Dazu wollen wir eine Koordinierungsstelle „Individuelle

207 Hilfen“ nach dem Hamburger Vorbild etablieren. Diese Koordinierungsstelle
208 initiiert dann mit allen Fallbeteiligten einen Prozess der gemeinsamen
209 Fokussierung auf die individuellen Problemlagen des jungen Menschen und
210 seiner Familie. Junge Menschen mit komplexem Hilfebedarf benötigen
211 individuelle flexible Hilfen und keine Sanktionen.

212 **Kinderarmut bekämpfen**

213 Arme Kinder leiden nicht nur unter schlechter Ernährung und unzureichender
214 ärztlicher Versorgung, sie haben auch schlechtere Chancen auf Bildung. Ihre
215 Möglichkeiten für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Beziehungen sind stark
216 eingeschränkt. Von vielen Bereichen des Lebens wie Kinobesuchen, der Pflege von
217 Hobbys in Vereinen, vielen sportlichen Aktivitäten oder zusätzlichem
218 Musikunterricht sind sie weitgehend ausgeschlossen.

219 Die Corona-Pandemie hat die mangelnde gesellschaftliche Teilhabe bedürftiger
220 Kinder verschärft. Ärmeren Kindern war es mangels digitaler Ausstattung zu Hause
221 sehr oft nicht möglich, adäquat am Homeschooling teilzunehmen. (Studie des
222 Institutes der Deutschen Wirtschaft: nur knapp 28 Prozent aller 12-Jährigen
223 haben einen eigenen PC, bei armen Kindern liegt dieser Anteil bei nur 15
224 Prozent.) Hinzu kommt das Problem fehlender Internetanschlüsse. Wir, DIE LINKE.
225 Thüringen, kritisieren die von der Bundesregierung durchgeführte Erhöhung der
226 Regelsätze für Kinder und Jugendliche im Hartz-IV-Bezug zum 1. Januar 2021 als
227 unzureichend, denn sie geht an der Lebensrealität vorbei.

228 • Wir sehen im Kampf gegen die wachsende Kinder- und Jugendarmut in unserer
229 Gesellschaft als einzigen Ausweg nur den Ausbau des Sozialstaates, um die
230 von Armut betroffenen Familien nachhaltig zu unterstützen. Wir wollen eine
231 starke öffentliche Infrastruktur, die allen Kindern Förderung und Teilhabe
232 ermöglicht. Wir werden in Thüringen Bildung schrittweise gebührenfrei
233 gestalten und mit der Gewährung notwendiger Nachteilsausgleiche versuchen,
234 die sozialen Unterschiede auszugleichen und gleiche Chancen zu eröffnen.

235 • Wir werden den Zugang zur digitalen Welt für alle Kinder und Jugendlichen
236 kostenlos ermöglichen. Die Schulgebühren im Bereich der Berufsbildung
237 wollen wir abschaffen. Wir werden uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass das
238 Kindergeld nicht länger auf die SGB- II-Leistungen und den
239 Unterhaltsvorschuss angerechnet wird. Es ist absurd, diese zur Stärkung von
240 Kindern gedachten Mittel armen Familien wieder abzuziehen. Zugleich werden
241 wir im Bundesrat die Einführung einer Kindergrundsicherung fordern, um dem
242 wichtigen gesellschaftlichen Ziel, Lebenswelten von Kindern und
243 Jugendlichen nachhaltig zu verbessern und Kinderarmut ein für alle Mal zu
244 überwinden, näher zu kommen.

245 **Familien in ihrer Vielfalt unterstützen**

246 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für ein vielfältiges Familienbild, in dem
247 allen Partnerschaften und Lebensformen, in denen Menschen, die füreinander, für

248 ihre Kinder und die eigenen Eltern Verantwortung übernehmen, einen
249 gleichberechtigten Platz haben. Unsere Familienpolitik orientiert sich deshalb
250 an den Bedürfnissen der Menschen und behandelt alle Familienformen und
251 Generationen gleich. Wir wollen alle Menschen in der Vielfalt ihrer
252 Lebensentwürfe mit unseren Angeboten in ihrem Lebensumfeld erreichen und
253 niemanden zurücklassen. Deshalb werden wir das von Rot-Rot-Grün aufgelegte
254 Landesprogramm „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf 20 Millionen
255 Euro jährlich aufstocken und es inhaltlich erweitern. Das betrifft die
256 „Thüringer Initiative gegen Einsamkeit“, die die gesellschaftliche Teilhabe
257 älterer Menschen stärkt und ihre Lebensqualität verbessert. Hierzu gehört auch
258 die Initiierung eines „Sonderprogramms Familienkarte“ auf kommunaler Ebene, das
259 den Landkreisen mit vorhandener Familienkarte ermöglichen soll, ihre Angebote
260 gemeinsam mit den Anbietern vor Ort auszubauen und Landkreise ohne Familienkarte
261 stärker in die Lage versetzt werden, eine solche anzubieten.

- 262 • Wir unterstützen die geplante Evaluierung des Landesprogramms
263 „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ durch das linksgeführte
264 Sozialministerium. Mit ihr werden Qualität und Zielerreichung des
265 Landesprogramms beständig sichergestellt.
- 266 • Wir werden das vom Sozialministerium eingeführte Sonderprogramm
267 „Familienerholung“ verstetigen, von dem bisher viele Thüringer Familien
268 profitieren konnten.
- 269 • Mit der Einführung eines landesweiten Familienpasses wollen wir allen
270 Familien die Chance geben, gemeinsam und kostengünstig Kultur zu erleben.
- 271 • Wir wollen in ganz Thüringen vielfältige und niedrigschwellige Angebote für
272 die Familien unterbreiten und dabei die besonderen Bedürfnisse und Wünsche
273 von Alleinerziehenden und Regenbogen-Familien stärker berücksichtigen.
274 Dabei unterstützen wir auch weiterhin die Arbeit des Landesfamilienrats und
275 die Umsetzung des Landesfamilienförderplans.
- 276 • Die Herausforderungen in Lebenswelt und Familienalltag waren für
277 Alleinerziehende schon immer größer als für andere Familienformen. Wirksame
278 Hilfen, materielle Absicherung, gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen,
279 ein spezifischer Blick bei der Gesundheitsförderung und Kinderbetreuung
280 sind notwendig, um diese Zielgruppe unterstützen zu können. Schnelle und
281 unbürokratische Unterstützungsangebote – auch intersektional und
282 barrierearm gedacht – müssen für Alleinerziehende ohne Zugangshürden
283 erreichbar sein. Dies können regionale Servicestellen leisten, welche
284 Beratung und Unterstützung bei Beantragung von Leistungen aus einer Hand
285 bieten. Auch Hilfe in akuten Notsituationen und im Alltag können darüber
286 sichergestellt werden.

287 **Aktive Seniorinnen und Senioren**

288 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für ein positives Bild des Alters und Alterns.
289 Ältere Menschen zeigen ein hohes gesellschaftliches Engagement und erwarten zu

290 Recht, als aktive Bürgerinnen und Bürger angesprochen zu werden. Wir würdigen
291 ihre Verdienste für unser Zusammenleben und werden den großen persönlichen
292 Einsatz Vieler weiterhin fördern.

293 Ältere Menschen waren und sind von den Einschnitten durch die Pandemie in
294 besonderer Weise betroffen. Sie sind einem erhöhten Risiko für einen schweren
295 Krankheitsverlauf ausgesetzt und haben deshalb einen besonderen Anspruch, vor
296 einer Infektion geschützt zu werden. Ihnen gegenüber, wie auch den Menschen mit
297 Vorerkrankungen, ist ein solidarisches Verhalten im Alltag ein Gebot der
298 Solidarität.

299 Das solidarische Verhalten im Alltag zum Schutz der Seniorinnen und Senioren
300 sowie Menschen mit Vorerkrankungen vor einer Infektion ist und bleibt weiterhin
301 die Aufgabe unserer Gesellschaft. Wir, DIE LINKE. Thüringen, unterstützen dies
302 mit allen unseren Möglichkeiten. Wir lehnen die Isolierung und Separierung von
303 „Risikogruppen“, insbesondere älterer Menschen, strikt ab.

304 • Wir werden Seniorinnen und Senioren mit ihren eigenständigen Ansprüchen und
305 Bedürfnissen weiterhin unterstützen. Dabei setzen wir auch auf die
306 Umsetzung, Weiterentwicklung und kommunale Verankerung des
307 Seniorenmitwirkungs und -beteiligungsgesetzes in Thüringen.

308 • Wir werden ein Förderprogramm für gutes Älter werden im vertrauten
309 Wohnumfeld auflegen, das barrierefreie und generationenübergreifende Wohn-
310 und Betreuungsformen miteinander kombiniert sowie Seniorengenossenschaften
311 und weitere altersunterstützende Angebote fördert.

312 • Wir wollen ein Programm „Älter werden in der Gemeinschaft – Thüringer
313 Initiative gegen Einsamkeit“ (AGATHE) etablieren und schrittweise ausbauen.

314 • Wir werden uns für vergünstigte Tarife für Seniorinnen und Senioren bei der
315 Nutzung von Kultur- und Freizeitangeboten sowie eine bessere Abstimmung der
316 Angebote auf die Bedarfe älterer Menschen einsetzen.

317 • Zur Sicherung einer hohen und sicheren Mobilität auch im höheren
318 Lebensalter wollen wir landesweit gültige Jahres- oder Monatstickets für
319 den gesamten ÖPNV für Seniorinnen und Senioren einführen.

320 • Wir werden gemeinsam mit den Seniorenbeiräten und dem Landesseniorenrat
321 Maßnahmen prüfen, um älteren Menschen die Teilhabe an der Digitalisierung
322 zu ermöglichen. Im Vordergrund stehen zunächst die digitale Grundversorgung
323 und die digitale Bildung.

324 • Wir werden das Problem der Gewalt in der Pflege stärker in den Blick nehmen
325 - sowohl Gewalt gegen zu Pflegenden als auch gegen Pflegerinnen und Pfleger.

326 **Selbstbestimmt teilhaben**

327 Wir, DIE LINKE. Thüringen, streiten für die Einbeziehung von Menschen mit
328 Behinderungen in die Gesellschaft in allen Lebensphasen. Ob Krippe, Kindergarten
329 und Kindertageseinrichtung, Schule oder Hochschule, in der Wirtschaft, auf dem
330 Arbeitsmarkt und auch in der Politik und der Zivilgesellschaft, – überall sollen

- 331 Menschen mit Behinderungen ihren inklusiven Platz haben und ihr Leben
332 selbstbestimmt gestalten können. Wir wollen deshalb die Einführung eines
333 Ehrenamtsassistenzenfonds aus Landesmitteln für Menschen mit Behinderungen.
- 334 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen die UN-Konvention für die Rechte von Menschen
335 mit Behinderungen weiterhin umsetzen. Dies gilt angesichts der zusätzlichen
336 Problemlagen durch die Pandemie in besonderer Weise. Inklusion, umfassende
337 Barrierefreiheit und volle Teilhabe in allen Lebensbereichen sind auch weiterhin
338 unsere Ziele, die wir gemeinsam mit den Interessenvertretungs- und
339 Beteiligungsstrukturen von Menschen mit Behinderungen erreichen wollen.
- 340 • Wir werden deshalb den Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-
341 Behindertenrechtskonvention weiter vorantreiben.
 - 342 • Wir wollen ein erweitertes Verbandsklagerecht für Menschen mit
343 Behinderungen im Thüringer Gesetz zur Gleichstellung und Verbesserung der
344 Integration von Menschen mit Behinderungen (ThürGiG) implementieren sowie
345 dafür Sorge tragen, dass in den Kommunen überall hauptamtlich tätige
346 Beauftragte für Menschen mit Behinderungen tätig sind und kommunale Beiräte
347 für Menschen mit Behinderung die Arbeit aufnehmen. Eine Förderung durch das
348 Land Thüringen wollen wir sichern.
 - 349 • Wir werden die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen in allen
350 Bereichen weiter vorantreiben. Insbesondere wollen wir den Abbau von
351 Kommunikationsbarrieren in der Thüringer Verwaltung vorantreiben und uns
352 für eine ressortübergreifende Beratungsstelle „Thüringen barrierefrei“
353 einsetzen und die Gesetzestexte und Veröffentlichungen in leichte Sprache
354 übersetzen. Damit machen wir Landespolitik für mehr Menschen zugänglich.
 - 355 • Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessenvertretung der Menschen mit
356 Behinderungen in Thüringen, die „LIGA Selbstvertretung Thüringen e.V.“,
357 eine dauerhafte Förderung erhält, damit Menschen mit Behinderungen in
358 eigener Sache ihre Belange umsetzen können. Wir werden die Selbstvertretung
359 von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten in ihren Rechten
360 unterstützen. Mitbestimmung und Mitwirkung gelten für uns LINKE auch und
361 gerade in Pandemiezeiten. Wir werden die Thüringer Beauftragte bzw. den
362 Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderungen stärken und eine
363 Landesfachstelle „Barriere-freiheit“ einrichten.
 - 364 • Wir werden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Thüringen
365 umfassend begleiten und dabei besonders auf eine flächendeckende Umsetzung
366 der Personenzentrierung in der Eingliederungshilfe in Thüringen achten. Wir
367 wollen zur Stärkung der Rechte der Menschen mit Behinderungen im Rahmen der
368 Umsetzung des BTHG ein modernes Thüringer Wohn- und Teilhabegesetz auf den
369 Weg bringen.
 - 370 • Wir werden zur Unterstützung der Integration von Menschen mit Behinderungen
371 in Arbeit und Ausbildung das Budget für Arbeit im Rahmen der Umsetzung des
372 BTHG und die Europäischen Sozialfonds-Förderprogramme und landeseigene
373 Arbeitsmarktprogramme nutzen.

- 374 • Wir werden die Nachteilsausgleiche für sinnesbehinderte Menschen erhöhen,
375 weitere Möglichkeiten prüfen und uns dafür einsetzen, diese bundesweit
376 einheitlich auf hohem Niveau festzusetzen.
- 377 • Wir werden uns im Bundesrat für einen Mindestlohn in Werkstätten für
378 Menschen mit Behinderungen, der mindestens dem Niveau des gesetzlichen
379 Mindestlohns entspricht, und für eine Nachbesserung des
380 Bundesteilhabegesetzes einsetzen. Wir wollen, dass Unternehmen, die
381 gemessen an ihrer Größe zu wenige Menschen mit Behinderungen beschäftigen,
382 eine höhere Ausgleichsabgabe zahlen.

383 **Die Gleichstellung aller Lebensweisen umsetzen**

384 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für die Akzeptanz und Anerkennung vielfältiger
385 Lebensweisen, geschlechtlicher Identitäten und sexueller Orientierungen ein. Wir
386 wollen dazu beitragen, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans*-
387 und Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ*) selbst-bestimmt und
388 diskriminierungsfrei leben können. Im Bundesrat haben wir viele Anliegen im
389 Sinne des Gleichbehandlungsgebots, etwa die Ausweitung des Adoptionsrechts oder
390 die Beendigung von diskriminierenden Bestimmungen bei der Blutspende,
391 unterstützt. In Thüringen unterstützen und begleiten wir jedes Jahr aktiv den
392 Christopher Street Day (CSD).

393 • Wir wollen deshalb das Landesprogramm „Akzeptanz und Vielfalt“ mit seiner
394 Vielzahl wertvoller Maßnahmen verstetigen. Wir nehmen die von der LSBTTIQ*-
395 Community signalisierten Probleme bei der Umsetzung ernst und wollen
396 deshalb gemeinsam mit ihr neben dem Weg der Evaluierung geeignete Formen
397 finden, die festgelegten Maßnahmen tatsächlich zu verwirklichen. Einen
398 ersten Schritt hierzu sehen wir in der Stärkung der zivilgesellschaftlichen
399 LSBTTIQ*- Koordinierungsstelle des Landesprogramms.

400 • Wir unterstützen die Forderung der Änderung des Abstammungsrechts. Es soll
401 eine automatische Anerkennung der Gebärenden und ihrer Partnerin als
402 rechtliche Eltern des Kindes von dessen Geburt an erfolgen.

403 • Wir setzen uns für eine geschlechtsneutrale Sprache bzw. für eine die
404 Vielfalt der Geschlechter widerspiegelnde Sprache in der öffentlichen
405 Verwaltung ein.

406 • Wir fordern die flächendeckende Schaffung queerer Begegnungsorte und die
407 Etablierung von psychosozialer, spezialisierter Beratung für
408 queere/LGBTTIQ*, auch für Jugendliche. Wir unterstützen die Errichtung
409 queerer Zentren in Thüringen, die diese Beratung gewährleisten können.

410 • Wir fordern eine:n Queerbeauftragte:n für die Landesregierung des
411 Freistaates Thüringen. Ziel ist die Förderungen und verstärkte Sichtbarkeit
412 von LSBTTIQ* im Grundsatz der Antidiskriminierung des Freistaates Thüringen
413 und der Öffentlichkeit. Starke LSBTTIQ*-Antidiskriminierungspolitik liegt
414 großen Interesse der Gesellschaft. Die Community ist einem immensen Druck
415 sowie andauernder Diskriminierung ausgesetzt. Ein:e Beauftragte:r wird als

- 416 Chance verstanden, der Tagtäglichen verbalen und oder physischen
417 Diskriminierung und Ausgrenzung den Raum zu nehmen.
- 418 • Wir werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen, dass
419 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ergänzt.
 - 420 • Wir werden eine zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsstelle
421 einrichten, die gegen alle Formen von Diskriminierung agiert. Sie wird so
422 ausgestattet sein, dass sie eine professionelle Beratung und Begleitung für
423 LSBTTIQ* anbieten kann.
 - 424 • Wir werden ein Gewaltschutzkonzept für LSBTTIQ*-Geflüchtete und andere
425 vulnerable Gruppen umsetzen. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention muss
426 Lesben, Trans*Frauen und queere Frauen und Mädchen mitdenken.
 - 427 • Wir werden die Sichtbarkeit von unterschiedlichen Lebenskonzepten auch im
428 öffentlichen Dienst fördern, etwa durch eine Veranstaltungsreihe „Diversity
429 Thüringen“.

430 **Keine Profite mit der Miete**

431 Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen im bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum ein
432 soziales Grundrecht. Deshalb wollen wir eine gesellschaftliche Offensive für
433 bezahlbares Wohnen. Haushalte, deren Einkommen unterhalb des Thüringer
434 Durchschnittseinkommens liegen, sollen für angemessenen Wohnraum nicht mehr als
435 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten (Miet- und Betriebskosten wie
436 Strom, Heizung und Wasser) aufbringen müssen. Wir werden Maßnahmen gegen
437 Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt entwickeln. Die Gründung von Mieter-
438 genossenschaften werden wir besonders unterstützen.

439 Die Corona-Krise hat mit ihren notwendigen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit
440 der Menschen die hohe soziale Bedeutung von Wohnraum nachdrücklich
441 unterstrichen. Deshalb treten wir für die Dauer der Pandemie dafür ein,
442 Kündigungen von Mieterinnen und Mietern sowie Gewerbetreibenden und
443 Mieterhöhungen zu verbieten. Wir plädieren eindringlich dafür, Strom- und
444 Wassersperren zu untersagen und laufende Sperren aufzuheben. Die Kosten der
445 Krise dürfen nicht über später nachzuzahlende Mietschulden den kleinen und
446 mittleren Einkommensgruppen aufgelastet werden. Gleiches gilt für Gas und Strom.
447 Wir fordern, dass die während der Pandemie vorerst ausgesetzten Zwangsräumungen
448 nach der Krise nicht jene treffen dürfen, die jetzt unverschuldet in
449 Zahlungsschwierigkeiten geraten.

450 Wir kämpfen auf der Bundesebene für eine echte Mietpreisbremse. Die Kommunen
451 müssen Höchstmieten festlegen können, die Heizkosten sollen wieder im Wohngeld
452 enthalten sein. Wir wollen eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung.
453 Neubau, Sanierung und Modernisierung müssen sozial verträglich gestaltet werden.
454 Spekulationen mit Wohnraum wollen wir verhindern. Bei der Umwandlung von Miet-
455 in Eigentumswohnungen müssen Mieterinnen und Mieter Mitspracherechte erhalten.
456 Auch in Zukunft wollen wir den eingeschlagenen Weg fortsetzen und dem
457 Wohnungsbauvermögen jährlich 40 Mio. Euro zuführen, um den Sozialen Wohnungsbau

458 zu fördern. Modernisierung und Neubau sind bei den Fördermitteln mit Zuschüssen
459 auszustatten.

460 • Wir wollen einen neuen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau als Alternative
461 zum privat dominierten und profitorientierten Wohnungsmarkt. Die Kommunale
462 Wohnungswirtschaft muss sozial- und gemeinwohlorientiert agieren. Sie muss
463 barrierefrei und ökologisch ausgerichtet sein. Wir werden deshalb einen
464 Gesetzentwurf „Soziales Wohnen“ vorlegen, dessen Ziel in der Sicherung und
465 der Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen
466 Wohnungsbewirtschaftung liegt und in dem auch die Sozial- und
467 Mietpreisbindung geregelt wird. Wir setzen uns dafür ein, das
468 Wohnungsbausondervermögen wieder mit ausreichend finanziellen Mitteln
469 auszustatten.

470 • Wir werden weiterhin Europa- und Bundesprogramme mit eigenen Mitteln
471 kofinanzieren, damit die Kommunen Gestaltungsraum haben. Die
472 Förderinstrumente und rechtlichen Rahmenbedingungen werden wir überprüfen
473 und so gestalten, dass gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen und
474 Genossenschaften sowie kommunale Wohnungsgesellschaften bei Fusionen von
475 der Grunderwerbsteuer befreit werden können. Damit stärken wir die
476 Wohngemeinnützigkeit und bauen sie aus. Den Verkauf kommunalen
477 Wohneigentums lehnen wir ab. Wir werden die Förderung von bezahlbarem
478 barrierefreiem Wohnraum, sowohl beim Neubau als auch beim Umbau,
479 fortsetzen.

480 • Wir werden neue altersgerechte Wohnformen fördern und uns auf Bundesebene
481 für eine sozial- und altersgerechte Wohngeldregelung einsetzen.

482 • Wir verstehen Wohnungspolitik als Teil der Stadtentwicklung und wollen
483 Fördermittel für den Sozialen Wohnungsbau mit einer integrierten
484 Stadtentwicklung koppeln. Die Schaffung neuen Wohnraums und die
485 Städtebauförderung werden wir ebenso eng miteinander verknüpfen. Wir wollen
486 eine Stadtentwicklung mit lebendig durchmischten Quartieren, die
487 preiswerten Wohnraum sichert. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung des
488 Wohnumfeldes, der Barrierereduzierung, der sozialen Infrastruktur, des
489 öffentlichen Nahverkehrs sowie wohnbegleitende Dienstleistungen werden wir
490 umsetzen.

491 • Wir behalten uns vor, Immobilien, die ausschließlich als
492 Spekulationsobjekte genutzt werden, zu vergesellschaften und der
493 Allgemeinheit zuzuführen. Immobilienkonzerne, die ihr Eigentum nicht zum
494 Wohle der Allgemeinheit nutzen, wollen wir enteignen. Wir sehen in einer
495 gemeinwohlorientierten Bodenpolitik die Voraussetzung für eine neue
496 Wohngemeinnützigkeit. Deshalb ist es unser Ziel, dass Grundstücke im
497 kommunalen Eigentum bleiben und wieder zurückgewonnen werden können. Für
498 eine Limitierung der Grundstückspreise sind rechtssichere
499 Wertermittlungsverfahren zwingende Voraussetzung. Wir treten für
500 entsprechende Änderungen im Boden- und Planungsrecht ein. Sie sind

501 notwendig, damit einer spekulativen Preisentwicklung auf den
502 Immobilienmärkten Einhalt geboten werden kann. Wir wollen, dass das
503 Vorkaufsrecht als Instrument für die Gewinnung von Bauland für Kommunen
504 verbessert wird.

- 505 • Wir treten dafür ein, dass Gewinne der kommunalen Wohnungsunternehmen kein
506 Instrument zur Deckung kommunaler Haushalte sein sollen.
- 507 • Wir stehen für die Errichtung einer gemeinnützigen
508 Landeswohnungsbaugesellschaft, um vor allem Kommunen im ländlichen Raum bei
509 der Schaffung und dem Erhalt von sozialem Wohnraum zu unterstützen.
- 510 • Durch die Änderung der Thüringer Bauordnung ist es möglich, dass wir
511 deutlich bessere Voraussetzungen haben, auch Holz als Baustoff zu
512 verwenden. Den Einsatz von Holz wollen wir künftig noch stärker fördern.
- 513 • Wir wollen das Programm zur Sanierung von Schulen und auch zum Neubau
514 fortsetzen. Dabei geht es vor allem auch darum, die hygienischen Standards
515 in den Schulen deutlich zu verbessern.

516 **Solidarisches Gesundheitssystem der Zukunft**

517 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen ein solidarisches Gesundheitssystem, in dem
518 die Gesundheit der Menschen und nicht der Profit im Vordergrund steht. Die
519 Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig der Gesundheitsschutz der Bevölkerung
520 ist und wie verletzlich das Gesundheitssystem sein kann. Es ist deshalb jetzt
521 die Zeit für einen Systemwechsel, hin zu einer zukunftsorientierten
522 Krankenhauspolitik. Sie muss vor allem den ökonomischen Druck von den
523 Krankenhäusern nehmen, deren Zweck nicht die Profiterwirtschaftung, sondern die
524 bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist.

- 525 • Deshalb werden wir uns auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass die
526 Fallpauschalen in den Krankenhäusern abgeschafft und durch eine
527 bedarfsgerechte Kostendeckung ersetzt werden. An Stelle der Finanzierung
528 über pauschale Erlöse je Fall wollen wir ein System der Kostendeckung der
529 wirtschaftlich notwendigen Ausgaben. Die Kosten im Personalbereich müssen
530 vollständig refinanziert werden.
- 531 • Wir fordern einen Investitionsfonds des Bundes, der die Bundesländer bei
532 der Sicherung eines flächendeckenden und am Bedarf ausgerichteten
533 öffentlichen Gesundheitssystems unterstützt. Hierzu gehört auch die
534 Rekommunalisierung von Krankenhäusern.
- 535 • Wir fordern ein Privatisierungsverbot von Krankenhäusern und ein Verbot
536 kommerziell erwirtschafteter Gewinne von Klinikkonzernen und keine
537 Zweckentfremdung der Versichertengelder aus der Solidargemeinschaft.
- 538 • Wir fordern eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung für alle!
539 Schluss mit der Zwei-Klassen-Medizin! Alle zahlen entsprechend aller
540 Einkommen ein, die Beiträge sinken für die Mehrheit, die Pflegeversicherung
541 kommt für alle Kosten auf, Eigenanteile entfallen.

542 • Wir wollen die Umwandlung der gegenwärtigen Pflegeversicherung in eine
543 Pflegevollversicherung.

544 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, sehen in der Gesundheitsförderung und -
545 prävention eine ressortübergreifende ganzheitliche Querschnittsaufgabe, die
546 dementsprechend konzipiert und konsequent umgesetzt werden muss. Als
547 wichtige Konsequenz aus der Pandemie schlagen wir vor, den Schutz der
548 Gesundheit aller Menschen in die Verfassung des Freistaats Thüringen
549 aufzunehmen.

550 Das Ziel unserer Gesundheitspolitik auf Landesebene war und ist es, dass
551 Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung bei Krankheit allen Menschen
552 zugänglich sein müssen. Deshalb wollen wir eine bedarfsgerechte und wohnortnahe
553 medizinische Versorgung im ambulanten sowie stationären Bereich sicherstellen.
554 Hierzu gehören angemessene Wartezeiten bei Ärztinnen und Ärzten einschließlich
555 einer guten Notfallversorgung, ausreichende Kapazitäten in der Pflege und
556 Psychotherapie, insbesondere auch bei Traumatherapie. Wir setzen uns dafür ein,
557 dass Patientinnen und Patienten noch besser vertreten werden. Wir beachten die
558 besonderen gesundheitlichen Herausforderungen, vor denen Frauen stehen. Wir
559 werden uns des Themas Frauengesundheit annehmen und sowohl besondere
560 gesundheitliche Belastungen und Herausforderungen von Frauen als auch die nach
561 wie vor männlich dominierte Perspektive von Pharmazie und Medizin thematisieren.
562 Wir werden die Thüringer Kurorte weiterhin fördern. Wir werden die
563 Gesundheitskarte für Geflüchtete in Thüringen weiterhin anbieten. Den „Anonymen
564 Krankenschein“ führen wir ebenso wie die psychosoziale und therapeutische
565 Versorgung geflüchteter Menschen und Menschen ohne Krankenversicherung weiter,
566 werden sie verstetigen und die Übernahme von Übersetzungsleistungen für die
567 medizinische Versorgung als Sozialleistung sichern.

568 • Wir wollen „gute Arbeit“ im Gesundheitswesen. Im Ringen um gute
569 medizinische Fachkräfte setzen wir auf eine gerechte tarifliche Bezahlung
570 der Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Wir werden die Aus-
571 und Fortbildung sowie die Qualifikation der Beschäftigten des öffentlichen
572 Gesundheitsdienstes weiterhin fördern.

573 • Wir werden die Thüringer Krankenhäuser bei der Sicherung einer qualitativ
574 hochwertigen und ortsnahe Gesundheitsversorgung der Menschen insbesondere
575 im ländlichen Raum unterstützen. Hierfür wollen wir die kommunalen
576 Krankenhausträger stärken und die interkommunale Zusammenarbeit sowie die
577 Bildung von Zweckverbänden fördern. Für uns hat die Qualität der Versorgung
578 in Krankenhäusern oberste Priorität. Nicht alle Krankenhäuser müssen alle
579 Leistungen für die Patientinnen und Patienten anbieten. Spezialisierte
580 Zentren mit hoher Fachkompetenz wollen wir auch planerisch berücksichtigen
581 und fördern. Deshalb wollen wir, dass das Universitätsklinikum Jena
582 Plankrankenhaus wird. Öffentliche Krankenhausinvestitionen sollen zuerst in
583 Abhängigkeit von der Qualität der Einrichtung und der Tarifbindung der
584 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgen.

- 585 • Wir werden vor allem im ländlichen Raum eine gute und stationäre Versorgung
586 sicherstellen und die hierzu erforderlichen Investitionen vornehmen. Wir
587 wollen sektorenübergreifende Modellprojekte erproben und gemeinsam mit
588 anderen Partnern fördern. Die Versorgung von ambulant und stationär muss
589 stärker ineinandergreifen. Insbesondere im ländlichen Raum werden wir
590 gemeinsame Niederlassungen von Ärztinnen und Ärzten fördern und auch
591 alternative Formen wie Genossenschaften nutzen. Wir setzen uns zugleich für
592 den Erhalt eines dichten landesweiten Apothekennetzes und damit die
593 Aufrechterhaltung ihrer nicht zu ersetzenden Beratungstätigkeit ein.
594 Gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung wollen wir flächendeckend
595 das Modell der „Gemeindeschwester Agnes“ auf ganz Thüringen ausweiten.
- 596 • Wir wollen die Stärkung und den Ausbau des Projektes AGATHE (Älter werden
597 in der Gemeinschaft – Thüringer Initiative gegen Einsamkeit) als festen
598 Bestandteil im vorpflegerischen Bereich. Ältere Menschen, die den Wunsch
599 und das Bedürfnis haben, möglichst lange zu Hause zu wohnen, wollen wir mit
600 AGATHE unterstützen. Wer es wünscht, erhält aufsuchende Beratung, Hilfe und
601 Unterstützung. Mit AGATHE wollen wir erreichen, dass niemand ohne
602 Unterstützung einsam zu Hause ist.
- 603 • Wir wollen einen datenschutzgerechten Ausbau der Digitalisierung im
604 Gesundheitswesen, damit die Versorgung optimaler wird und alle relevanten
605 Daten für das Patientinnen- und Patientenwohl schnell verfügbar sind. Wir
606 werden das von uns auf den Weg gebrachte Programm „Krankenhäuser 4.0“
607 weiterführen, um alle Krankenhäuser im Bereich IT und Digitalisierung
608 zukunftsfest zu machen. Die Telemedizin wird ein fester Baustein in der
609 Gesundheitsversorgung.
- 610 • Auch auf unsere Initiative hat der Thüringer Landtag eine Erhöhung der
611 Anzahl der Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte beschlossen. Wir werden
612 uns für eine Lockerung der hohen Zulassungsbeschränkungen einsetzen. Wir
613 wollen insbesondere den Einstieg in das Studium für medizinisch
614 vorgebildete Menschen erleichtern. Wir setzen auf eine Bindung von
615 Absolvent:innen an künftige Niederlassungen in Thüringen und werden deshalb
616 mit der Kassenärztlichen Vereinigung Thüringen und der Stiftung zur
617 Förderung der ambulanten ärztlichen Versorgung Niederlassung fördern. Dazu
618 sollen bestehende Förderinstrumente weiterentwickelt werden, die dazu
619 beitragen, dass der Einstieg in die Niederlassung in Thüringen erleichtert
620 werden. Insbesondere durch moderne Arbeitszeitmodelle und
621 Beschäftigungsmodelle sowie alternative Versorgungsstrukturen in
622 öffentlicher oder genossenschaftlicher Hand und eine Stärkung von
623 studienbegleitenden Mentoringprogrammen sowie finanzieller Unterstützung
624 bei der Absolvierung von Ausbildungsabschnitten in von Unterversorgung
625 bedrohten Bereichen. Wir werden prüfen, welche Qualifizierungen in Zeiten
626 des Fachkräfte-mangels für assistierende medizinische Berufe möglich sind,
627 um die Versorgung zu unterstützen.
- 628 • Wir werden den öffentlichen Gesundheitsdienst in Thüringen als wesentliche

- 629 Säule der Gesundheitsversorgung Thüringens stärken und stabilisieren.
630 Hierfür werden wir ein Landesgesetz auf den Weg zu bringen, dass sich auch
631 an den Grundsätzen der Öffentlichen Gesundheitspflege (Public Health)
632 orientiert.
- 633 • Wir werden die Facharztquote in Thüringen erhalten, weil sie der Sicherheit
634 der Patientinnen und Patienten und der Attraktivität der Arbeitsplätze im
635 Thüringer Gesundheitswesen dient.
 - 636 • Umfassende Arzneimittelsicherheit und Medizinproduktesicherheit gehören zu
637 unseren wichtigsten Aufgaben. Die Arzneimittelskandale in der Vergangenheit
638 haben gezeigt, wie wichtig ein funktionierender Vollzug und die Aufsicht
639 über diesen ist. Wir werden dafür sorgen, dass in Thüringen alle
640 europäischen und nationalen Standards eingehalten werden und hierfür die
641 erforderlichen personellen Ressourcen stärken.
 - 642 • Wir bekennen uns zur freien Wahl für Schwangere, ihr Kind dort zur Welt
643 bringen zu können, wo sie dies möchten. Dazu gehört, dass wir uns für eine
644 flächendeckende Grundversorgung mit Hebammenleistungen einsetzen. Die
645 Schließung von Geburtsstationen wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten des
646 Landes verhindern. Wir prüfen außerdem wie von Seiten des Landes
647 Unterstützung für Modellprojekte erfolgen kann, die die Versorgung mit
648 Hebammenleistungen stärken. Landesrechtliche Regelungen bringen wir mit dem
649 Hebammenreformgesetz in Einklang. Familienbegleitende Maßnahmen und leicht
650 zugängliche Informations- und Beratungsangebote zu Hebammenleistungen
651 werden wir dauerhaft mit Landesmitteln unterstützen. Wir wollen die
652 Arbeitsbedingungen der Hebammen und Entbindungspfleger in Kliniken
653 verbessern.
 - 654 • Wir setzen uns ein für eine Verbesserung der Betreuungsquote hin zu einer
655 Eins-zu-Eins-Betreuung zwischen ihnen und den Gebärenden ein. Wir werden
656 auch freiberufliche Hebammen bei ihrem Kampf um faire Arbeitsmöglichkeiten
657 unterstützen.
 - 658 • Wir setzen uns für die Reverstaatlichung des Maßregelvollzuges ein und
659 werden das entsprechende Gesetz des Thüringer Maßregelvollzugs novellieren.
660 Wir bieten den Beschäftigten im Maßregelvollzug den Übergang in den
661 öffentlichen Dienst des Freistaats Thüringen an.
 - 662 • Wir setzen uns für eine gute psychotherapeutische und psychiatrische
663 Versorgung in Thüringen ein und legen dabei besonderen Augenmerk auf
664 Vernetzung, Verzahnung wie auch Kooperation aller Angebote und Strukturen.
665 Wir werden gemeindepsychiatrische Verbände unterstützen und wollen eine
666 gute Zusammenarbeit der Psychiatriekoordinatoren des öffentlichen
667 Gesundheitsdienstes befördern.
 - 668 • Wir setzen uns dafür ein, dass geprüft wird, ob die ambulante
669 psychotherapeutische Versorgung bedarfsgerecht ist. Besonderes Augenmerk
670 soll dabei auf tiefenpsychologische Therapie und Traumatherapie gelegt
671 werden und deren Zugänglichkeit für Kassenpatientinnen und -patienten. Wir

672 werden den Aufbau einer stationären Traumaklinik in Thüringen prüfen. Auch
673 die Angebote der Tagesstrukturierung sollen hinsichtlich der
674 bedarfsgerechten Versorgung geprüft werden.

- 675 • Wir wollen die Gesundheitsförderung und Prävention unter Einbeziehung der
676 Akteure der örtlichen Bedarfslagen und der Sozial- und Gesundheitsplanung
677 neu ausrichten. Dabei werden wir an die Erfahrungen der Umsetzung des
678 Landesprogrammes „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ anknüpfen.
679 Die Landvereinigung für Gesundheitsförderung Thüringen e. V. (AGETHUR)
680 wollen wir dabei als erfahrene, kompetente Beraterin und Begleiterin ins-
681 besondere beim Ausbau kommunaler Angebote und Maßnahmen stärken und
682 unterstützen.
- 683 • Wir werden zur Pandemie-Vorsorge die Versorgung der Bevölkerung durch
684 dezentrale Lagerung von Medizinprodukten absichern.

685 **Gute Pflege stärken**

686 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stellen auch in der Pflege Menschen vor Profite. Wir
687 wollen eine menschenwürdige und an den individuellen Bedürfnissen ausgerichtete
688 Pflege und Betreuung, die gerecht und solidarisch von allen finanziert werden.
689 Den in Pflegeberufen Tätigen muss mehr Respekt und finanzielle Anerkennung
690 entgegengebracht werden.

- 691 • Wir setzen uns deshalb auf der Bundesebene dafür ein, dass Pflegekräfte und
692 Hilfskräfte deutschlandweit einen einheitlichen Mindestlohn erhalten und
693 unterstützen die Sozial- und Tarifpartner bei der Überwindung der
694 unübersichtlichen Tariflandschaft im Sozial- und Gesundheitsbereich hin zu
695 einem Branchentarifvertrag. Wir unterstützen die Maßnahmen der
696 Konzentrierten Aktion Pflege für „Gute Arbeit in der Pflege“.

- 697 • Wir wollen einen verbindlichen Pflegepersonalschlüssel einführen, um die
698 Qualität in der Pflege zu steigern und den Pflegeberuf attraktiver zu
699 machen. In allen patientennahen Bereichen muss eine gesetzliche
700 Personalbemessung gelten, um die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

- 701 • Wir setzen uns für sozial verträgliche Eigenanteile ein, die die
702 Betroffenen nicht in die Armut treiben. Wir fordern die umgehende
703 Deckelung der Kosten für Pflegebedürftige und wollen mit
704 Investitionspaketen für Pflegeheime deren Qualität sichern.

705 Wir werden pflegende Angehörige durch Beratung und Begleitung stärken und
706 unterstützen. Wir drängen darauf, die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf weiter
707 zu erleichtern. Mit regelmäßigen Pflegekonferenzen wollen wir den Fachaustausch
708 zwischen lokalen Akteuren aus Pflegeberufen und dem Ehrenamt befördern. Damit
709 unterstützen wir praktisch eine altersgerechte Gestaltung der sozialen
710 Infrastruktur.

711 Gute Pflege für Thüringerinnen und Thüringer ist eine zentrale,
712 gesamtgesellschaftliche, ressortübergreifende und eine prioritäre Aufgabe. Wir
713 setzen uns dafür ein, dass dieses zentrale Zukunftsthema für unser Land durch

714 eine Abteilung Pflegepolitik gesteuert wird. Wir wollen den Thüringer Pflegepakt
715 zu einem landesweiten Bündnis für gute Pflege in Thüringen weiterentwickeln.

716 • Wir wollen eine komplette Bestandsaufnahme zur Pflegesituation in den
717 Kommunen befördern, um wohnortnah weiße Flecken mit Angeboten für
718 Pflegebedürftige und Angehörige zu füllen. Damit legen wir die Grundlage
719 zur Wiedereinführung einer Landespflegeplanung.

720 • Pflegeberufen und gebührt höchste Achtung. Wir unterstützen Imagekampagnen,
721 die Pflege und Ausbildung in der Pflege im öffentlichen Bewusstsein
722 stärken. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen in der Pflege, die
723 Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützen diesbezüglich
724 kreative, fachkräftebindende Lösungsansätze.

725 • Wir werden für die Gewinnung von Pflegefachkräften die Thüringer Agentur
726 für Fachkräftegewinnung international und auf nationaler Ebene nutzen. Wir
727 wollen Schulabgänger*innen und Quereinsteigern*innen für die Ausbildung in
728 der Altenpflege gewinnen. Im Rahmen der neuen Europäischen Sozialfonds
729 (ESF)-Förderperiode setzen wir auf Unterstützung der Berufsausbildung und
730 beruflichen Weiterbildung im Bereich Pflege und auf flankierende Hilfen für
731 Unternehmen in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft zur Gewinnung von
732 ausländischen Fachkräften und Auszubildenden.

733 • Wir wollen die ambulante Versorgung, die Kurzzeitpflege und die regionalen
734 Beratungs- und Netzwerkstrukturen sichern und weiter ausbauen. Wir werden
735 die barrierefreien Pflegeberatungsstellen vor allem im ländlichen Raum
736 fördern.

737 • Wir setzen vor allem auch auf Pflegeprävention und die Stärkung pflegender
738 Angehöriger. Wir wollen ein Landesnetzwerk für eine gute Beratung,
739 Austausch und Unterstützung pflegender Angehöriger aufbauen.

740 • Wir wollen die Qualitätssicherung in Alten- und Pflegeeinrichtungen
741 stärken, indem wir unangemeldete Kontrollen von Hygiene, Sicherheit und
742 Berichtswesen ausweiten und anonyme Meldemöglichkeiten für Patientinnen,
743 Patienten und deren Angehörige sowie Pflegerinnen und Pfleger schaffen.

744 **Prävention statt Kriminalisierung: für eine zeitgemäße Drogen- und** 745 **Suchtpolitik**

746 Wir, DIE LINKE. Thüringen, stehen für eine emanzipatorische,
747 gesundheitsorientierte und selbstbestimmte Drogenpolitik und Suchtprävention.
748 Unseren Ausgangspunkt bilden die Erkenntnis und die Akzeptanz, dass das Ziel
749 einer drogenfreien Gesellschaft kaum der Realität entspricht. Dennoch wollen wir
750 den Missbrauch von gesetzlich zugelassenen und von verbotenen Rauschmitteln und
751 Suchtgefährdungen eindämmen. Nach unserer Überzeugung gelingt dies jedoch nicht
752 durch die Kriminalisierung von Drogenkonsum, sondern nur durch einen effektiven
753 Jugend-, Gesundheits- und Verbraucherschutz. Deshalb setzen wir uns für ein
754 bundesweites Werbeverbot für Alkohol, Tabakprodukte, Energydrinks und privates
755 Glückspiel ein. Im Bundesrat setzen wir uns dafür ein, den

756 Glücksspielstaatsvertrag im Sinne des Gesundheitsschutzes (Schutz vor
757 Suchterkrankung) zu überarbeiten.

- 758 • Menschen in Abhängigkeit wollen wir aus ihrer Sucht heraus begleiten. Damit
759 einher geht für uns die Legalisierung von Cannabis, die kontrollierte
760 Abgabe sogenannter harter Drogen an Menschen mit Abhängigkeit und die
761 Möglichkeit, Drogen zum Eigenbedarf auf Verunreinigungen prüfen zu lassen.
762 Deshalb werden wir das Pilot-Projekt „Drug-Checking“ weiter unterstützen
763 und plädieren für ein wissenschaftlich begleitetes Modellprojekt zur
764 kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene in Thüringen.
- 765 • Wir werden weiterhin darauf hinwirken, dass sich die zuständigen Stellen in
766 Thüringen verstärkt den gesellschaftlichen Folgewirkungen von
767 Drogenmissbrauch, insbesondere dem starken und weiter zunehmenden Crystal
768 Meth-Konsum, stellen. Wir werden die Vernetzung der Beratungs- und
769 Hilfestrukturen im Schwerpunktbereich Crystal Meth verstetigen.
- 770 • Wir werden uns für bessere Maßnahmen für suchtkranke Familien und deren
771 Finanzierung einsetzen. Wir wollen hierzu die Öffentlichkeit stärker für
772 die Bedarfe von Kindern suchtkranker Eltern sensibilisieren.
- 773 • Wir wollen die psychosoziale Betreuung insbesondere von Schwangeren mit
774 Abhängigkeits-problematik und Schwerstabhängigen, stärken. Ebenso wollen
775 wir, um Suchtabhängigen die Teilhabe und eine Integration in die
776 Arbeitswelt zu ermöglichen, die Substitutionsbehandlung flächendeckend
777 ermöglichen.
- 778 • Wir werden einen sachlichen und wertfreien Präventivunterricht an Thüringer
779 Schulen anbieten, der nicht durch die Polizei, sondern durch geschulte
780 Sozialarbeiterinnen und -arbeiter erfolgt.

781 **Arbeiten und Wirtschaften nach Corona**

782 Die Corona-Pandemie verschärft die Krisenerscheinungen der auf Profitmaximierung
783 ausgerichteten Wirtschaft. Aus sich heraus oder allein über den Markt lässt sich
784 diese Entwicklung nicht aufhalten und schon gar nicht überwinden. Aufgabe der
785 Politik ist es daher dringender denn je, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik
786 neu auszurichten. Als Reaktion auf die Pandemie haben die EU-Kommission und
787 teilweise auch die Bundesregierung sich zumindest in Teilbereichen als
788 wirtschaftspolitische Akteure betätigt. So beinhaltet das Wirtschaftsprogramm
789 der EU-Mitgliedsstaaten bis 2027 eindeutige Bindungen an die Nachhaltigkeit von
790 Investitionen bei der Fördermittelvergabe. Wir begrüßen dies und werden unsere
791 Politik auf eine Beschleunigung sozial-ökologischer Innovationen ausrichten.
792 Dies bedeutet etwa spezielle Förderprogramme für die Entwicklung und Produktion
793 langlebiger Güter sowie von Technologien für die Energie- und Verkehrswende und
794 deren Umsetzung. Damit verbunden werden muss die Anhebung der Löhne in den
795 unteren und mittleren Einkommensbereichen. Dies ist erforderlich, um den
796 nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft so zu gestalten, dass gute
797 Arbeit und ein gutes Leben für alle gesichert wird. Schließlich streben wir eine

798 neue, umfassende Wirtschaftsdemokratie an. Gewerkschaften, Belegschaften,
799 Institutionen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und spezielle Beiräte sollen
800 den sozialökologischen und nachhaltigen Umbau der Wirtschaft konstruktiv
801 begleiten.

802 Wir, DIE LINKE. Thüringen, setzen uns dafür ein, dass das Kurzarbeitergeld auf
803 90 Prozent des Nettoentgelts angehoben wird und der Mindestlohn auf 13 Euro
804 steigt. Gemeinsam mit unserer LINKEN Bundestagsfraktion kämpfen wir für bessere
805 Bedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir stellen uns allen
806 Versuchen entgegen, die Corona-Krise zum Abbau von Beschäftigtenrechten oder zu
807 Verschlechterungen im Arbeitszeitgesetz zu mißbrauchen. Wir werden weder die
808 ökologischen und sozialen Standards mindern, die von Rot-Rot-Grün mit dem
809 Thüringer Vergabegesetz eingeführt wurden, noch einer Ausweitung der
810 Ladenöffnungszeiten zustimmen. Gerade in der Krise ist es wichtig, die Menschen
811 dort nicht noch weiter zu belasten.

812 Wir wollen gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Interessenvertretungen
813 Antworten finden, wie die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt aufgestellt sein
814 müssen, damit alle Menschen gut arbeiten und leben können. Wir sehen in
815 Arbeitszeitverkürzungen und einem existenzsichernden Grundeinkommen erste
816 konkrete Schritte. Wir wollen deshalb ein Modellprojekt eines existenzsichernden
817 bedingungslosen Grundeinkommens für 1000 Menschen eines Stadtteils oder eines
818 Ortes für drei Jahre mit wissenschaftlicher Begleitung durchführen.

819 **„Gute Arbeit“ für Alle**

820 Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir seit unserem
821 Regierungsantritt in Thüringen wirksame Instrumente entwickelt, um die
822 Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt einzudämmen.

- 823 • Wir werden die Thüringer Programme zur öffentlich geförderten Beschäftigung
824 und gemeinwohlorientierten Arbeit ebenso stärken wie das
825 Landesarbeitsmarktprogramm. Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gut
826 arbeiten und leben können, setzen wir uns für die Stärkung der Tarifbindung
827 ein und wollen die Hürden für allgemeinverbindliche Tarifverträge senken.
828 Zur Stärkung der Tarifbindung werden wir alle Landesbeteiligungen auf
829 Einhaltung von Tarifverträgen überprüfen und wenn keine Tarifbindung
830 vorliegt, entsprechende Schritte zum Übergang in einen Tarifvertrag
831 vornehmen. Gleiches gilt für die gesetzlich vorgesehenen Gremien der
832 Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.
- 833 • Wir stärken die demokratische Beteiligung in der Privatwirtschaft und im
834 öffentlichen Dienst. Deswegen werden wir in das Thüringer
835 Personalvertretungsgesetz eine Unberührbarkeitsklausel, analog zum
836 Bremischen Personalvertretungsgesetz, einfügen und damit klarstellen, dass
837 Personalräte in allen sozialen, personellen, organisatorischen und
838 sonstigen innerdienstlichen Angelegenheiten, die die Beschäftigten und ihre
839 Arbeitsbedingungen berühren, mitbestimmen sollen.

- 840 • Mit dem von Rot-Rot-Grün eingeführten Thüringer Vergabegesetz sorgen wir
841 dafür, dass staatliche Aufträge an gute Arbeitsbedingungen und die Zahlung
842 des Mindestlohns gekoppelt sind. Wir werden weiterhin für ein eigenes,
843 deutlich über dem allgemeinen Mindestlohn liegendes Mindestentgelt für
844 öffentliche Aufträge kämpfen, dass unter Beachtung des Vorrangs von
845 Tarifverträgen zügig weiter gesteigert wird. Das Vergabegesetz werden wir
846 nutzen, um die Tarifbindung durch Anwendung der Tariftreueklausel zu
847 erhöhen. Staatliche Fördermittel werden wir an tarifgerechte Entlohnung
848 binden und die Wirkung des Vergabegesetzes auf die Kommunen ausweiten
- 849 • Wir wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften eine Anti-Stress-Verordnung
850 etablieren, um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den weiter
851 steigenden Belastungen zu schützen. Wir werden uns auch weiterhin für eine
852 tarifvertragliche Verkürzung der Arbeitszeiten und für den Schutz und die
853 Verbesserung des Arbeitszeitgesetzes stark machen. Wir werden die
854 Unternehmen, Betriebs- und Personalräte beim betrieblichen Gesundheits-
855 management unterstützen sowie Weiterbildungsstandards etablieren und
856 verbessern.
- 857 • Wir werden die Bedingungen und Voraussetzungen für die Errichtung einer
858 Arbeitskammer in Thüringen prüfen. Mit ihrer Etablierung würden die
859 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Thüringen eine öffentlich-rechtliche
860 Einrichtung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zur Vertretung ihrer
861 Interessen in Wirtschaft und Politik erhalten. Dafür treten wir in den
862 Dialog mit den Gewerkschaften.
- 863 • Gemäß den Handlungsempfehlungen der Enquetekommission „Rassismus und
864 Diskriminierung“ werden wir eine Initiative zur Etablierung von anonymen
865 Bewerbungsverfahren unterstützen, die Entwicklung und den Ausbau von
866 Beratungs-Informations- und Qualifikationsangeboten für Unternehmen und
867 Betriebe hinsichtlich einer diversitätssensiblen Öffnung voranbringen, die
868 Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund und Flucht- und
869 Rassismuserfahrungen in den Jobcentern und Arbeitsagenturen verstetigen
870 sowie im Leitbild der GFAW eine Antirassismus- und
871 Antidiskriminierungsrichtlinie etablieren. Auch der öffentliche Dienst muss
872 die gesellschaftliche Entwicklung widerspiegeln und diverser werden.
- 873 • Wir wollen einen langfristigen Monitoring- und Werkstattprozess „Arbeit und
874 Leben in Zukunft“ anregen, der in Verbindung mit Wissenschaft, Wirtschaft
875 und Gewerkschaften in Thüringen eine entsprechende Faktenbasis für
876 anstehende Veränderungen schafft, um auf diese rechtzeitig reagieren zu
877 können.
- 878 • Wir werden „gute Arbeit“ für Menschen mit Behinderungen stärken und
879 Maßnahmen ergreifen, um Beschäftigte aus den Behindertenwerkstätten in den
880 regulären Arbeitsmarkt zu begleiten. Arbeitslose Menschen mit Behinderungen
881 wollen wir schneller in den Arbeitsmarkt integrieren und bauen hierfür die
882 Arbeitsassistenz aus. Wir wollen Integrationsbetriebe und andere

- 883 Unternehmen, die Menschen mit Beeinträchtigungen eine Erwerbsperspektive
884 ermöglichen, besser unterstützen. Im Thüringer Landtag wollen wir mit gutem
885 Beispiel vorangehen, in dem wir Stellen für Menschen mit Behinderung
886 schaffen, die Gesetzestexte und Veröffentlichungen in leichte Sprache
887 übersetzen. Damit machen wir Landespolitik für mehr Menschen zugänglich.
- 888 • Damit der Arbeits- und Gesundheitsschutz für alle Arbeitnehmerinnen und
889 Arbeitnehmer garantiert wird, werden wir das für die Kontrolle und
890 Unterstützung zuständige Landesamt für Verbraucherschutz Abt. Arbeitsschutz
891 personell durch Fachkräfte für Arbeitssicherheit und Facharzt für
892 Arbeitsmedizin aufstocken.
- 893 • Wir wollen diejenigen schützen, die durch die Corona-Pandemie besonderen
894 Belastungen ausgesetzt sind. Wir halten an der klaren Begrenzung der Sonn-
895 und Feiertagsarbeit und an den zwei freien Samstagen pro Monat im
896 Einzelhandel fest, damit freie Tage für Familie, Freundschaften und
897 Erholung für möglichst viele Beschäftigte garantiert sind.
- 898 • Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, sollen durch Ersatzfeiertage in
899 der Woche nachgeholt werden.
- 900 • Wir werden eine Bildungsoffensive „Moderne Arbeitswelt 4.0“ fördern, um
901 jetzige und künftige Beschäftigte über ihre Mitbestimmungsrechte
902 aufzuklären, über Handlungsoptionen zu beraten und um interkulturelle
903 Kompetenz zu stärken. In Zusammenarbeit mit geeigneten Trägern soll diese
904 in den Schulen und Berufsschulen ansetzen, um alle jungen Menschen
905 erreichen zu können.
- 906 • Wir werden das Landesarbeitsmarktprogramm zur Arbeitsmarkt- und
907 Ausbildungsintegration geflüchteter Menschen fortsetzen, um auch weiterhin
908 anerkannte und nicht (oder noch nicht) anerkannte Asylbewerberinnen und
909 Asylbewerber in den Arbeitsmarkt zu integrieren und dementsprechende
910 Projekte zu fördern. Wir werden uns an entsprechenden Bundesprogrammen, bei
911 denen die Mitfinanzierung des Landes notwendig ist, beteiligen. Auf der
912 Bundesebene werden wir uns für die Möglichkeiten eines „Spurwechsel“
913 einsetzen, um geflüchteten Menschen unabhängig vom Asylverfahren ein
914 Bleiberecht zu ermöglichen und sie bei der Arbeitsmarktintegration zu
915 unterstützen.
- 916 • Wir setzen uns für die Achtung der internationalen Kernarbeitsnormen ein,
917 um ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen global zu begegnen. Ein wirksames
918 Lieferkettengesetz werden wir auf Bundesebene unterstützen.
- 919 • Wir werden im Bundesrat für die Abschaffung des Hartz-IV-Systems mit seinem
920 Sanktionsapparat einsetzen, dass durch eine armutsfeste und sanktionsfreie
921 Grundsicherung ersetzt werden muss. Wir wollen den öffentlich geförderten
922 Beschäftigungssektor ausbauen, um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu
923 finanzieren.

924 **Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung: Für einen Sozial-**

925 **Ökologischen Aufbruch durch nachhaltiges Wirtschaften**

926 Kleine und mittlere Unternehmen sind zentraler Bestandteil der Thüringer
927 Wirtschaft. Viele erfahren infolge der Schutzmaßnahmen gegen die Corona-Pandemie
928 erhebliche, auch existenzielle Einschränkungen. Dennoch beweisen viele
929 Unternehmen Mut im Umgang mit der Krise und gehen neue Wege, um Arbeitsplätze zu
930 erhalten. Mit ihren unterschiedlichen Fähigkeiten und dem Engagement ihrer
931 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sie sich zusammengeschlossen, um eigene
932 Mund-Nasen-Schutzbedeckungen und Schutzkleidung in Thüringen zu produzieren.

933 Thüringer Firmen forschen z. B. an neuen Lüftungssystemen, um die Luft in Räumen
934 virenfrei zu halten, entwickeln Oberflächenbeschichtungen zur Abwehr von Viren
935 und Bakterien. Diese Unternehmen haben erkannt, dass soziale Verantwortung,
936 belastbare Netzwerke, umfassende Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung
937 und regionale Bindung keine Wettbewerbsnachteile sind. Im Gegenteil!

938 Thüringens Zukunft gestalten heißt, nicht Konzerninteressen und
939 profitorientierte Wegwerfmentalität in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik zu
940 stellen, sondern all diejenigen Akteur*innen solidarisch zu unterstützen und zu
941 stärken, die Gemeinwohlorientierung vor Gewinnmaximierung und
942 Mitarbeiterbeteiligung nachhaltig vorantreiben wollen.

943 Der Strukturwandel und die damit verbundene schwierige Situation insbesondere
944 der Automobilzuliefererindustrie in Thüringen haben sich bereits vor Corona
945 abgezeichnet. Die Pandemie hat die Situation weiter zugespitzt.

946 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen gemeinsam mit den Gewerkschaften und
947 Betriebsräten aktiv Arbeitsplatzabbau und Betriebsschließungen entgegentreten
948 und mit einem Transformationsfonds die Weiterentwicklung von Industriestandorten
949 und den Erhalt von Industriebetriebsstätten mit neuen Perspektiven fördern. Wir
950 vernetzen alle Akteure, Klein- und Mittelständischen Unternehmen, die
951 industrienahen Forschungseinrichtungen, Wirtschaftsförderer und
952 Arbeitsmarktakteure, um nachhaltige neue Produkte und Dienstleistungen zu
953 entwickeln, den sozialökologische Wandel voranzutreiben und
954 Wirtschaftskreisläufe zu regionalisieren. Besonders nehmen wir die Unterstützung
955 von Betriebsräten in den Blick, weil sie für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung
956 in der Region stehen.

957 Wir werden die Einrichtung einer Thüringer Eigenkapitalgesellschaft (TEK)
958 prüfen. Die TEK soll eine Landesgesellschaft sein, die Anteile bei Unternehmen
959 erwerben kann, die in eine wirtschaftliche Schieflage geraten sind. Als
960 Anteilseigner soll die TEK helfen, Unternehmen zu stabilisieren und für die
961 Zukunft aufzustellen. Das kann etwa dann der Fall sein, wenn Banken zu
962 Marktkonditionen nicht mehr bereit sind, Kapital zur Verfügung zu stellen. Das
963 Land hingegen kann durch die direkte Unternehmensbeteiligung für neue
964 Kreditfähigkeit sorgen. Es erwirbt dabei mindestens 25,1 Prozent der
965 Unternehmensanteile. So wird sichergestellt, dass die TEK Einfluss auf
966 Entscheidungen des Unternehmens hat.

967 Wir setzen uns dafür ein, dass paritätisch zu besetzende Transformations- und

968 Wirtschaftsbeiräte die Demokratisierung der Wirtschaft, von den Kommunen bis zur
969 Bundesebene, weiter vorantreiben.

970 Für die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung nach Corona werden für uns die
971 folgenden Aspekte maßgebend sein, auf deren Basis wir die künftige
972 Mittelausstattung und Veränderung der einzelnen Instrumente der
973 Wirtschaftsförderung im Landeshaushalt gestalten wollen.

974 • Wir setzen auf eine nachhaltige und soziale Wirtschaftsentwicklung. Deshalb
975 werden wir den erreichten Stand bei der sozial-ökologischen Ausgestaltung
976 von Vergabekriterien und weitere Maßnahmen für ein Umsteuern in der
977 Wirtschaft beibehalten und ausbauen. Dabei stehen die ständige Evaluation
978 und Weiterentwicklung der Vergabekriterien ebenso im Mittelpunkt wie die
979 Bindung staatlicher finanzieller Wirtschaftsförderung an gute
980 Arbeitsbedingungen und ökologische Kriterien, einschließlich der Ökobilanz
981 eines Produkts von der Herstellung bis zur Entsorgung, seiner
982 Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Recyclingfähigkeit.

983 • Wir setzen auf die Regionalisierung und die nachhaltige sozial-ökologische
984 Gestaltung der Wirtschaftskreisläufe und die damit verbundene Verringerung
985 der Distanzen zwischen Erzeugerinnen und Erzeugern einerseits sowie
986 Verbraucherinnen und Verbrauchern andererseits. Die Regionalisierung wird
987 für nahezu alle Wirtschaftsbereiche eine neue Bedeutung gewinnen. Deshalb
988 werden wir ihre Entwicklung gerade jetzt stärken und ausbauen. Dafür ist in
989 einem ersten Schritt der Ausbau stärkerer Kooperationen zwischen Betrieben
990 notwendig. Dies soll künftig bei der Vergabe von Fördermitteln ein
991 wichtiges Kriterium sein.

992 • Wir setzen auf regionale und nachhaltige sozial-ökologische
993 Wirtschaftskreisläufe, die in nahezu allen Bereichen mehr Bedeutung
994 gewinnen. Wir wollen in systemrelevanten Bereichen wie der
995 Gesundheitsversorgung eigene Wirtschafts- und Produktionskapazitäten
996 ausbauen und Möglichkeiten der Eigenproduktion weiterentwickeln.

997 • Wir setzen auf Wirtschaftsdemokratie. Wir werden alternative Wirtschafts-
998 und Unternehmensformen unterstützen, in denen die Mitbeteiligung und
999 Mitverantwortung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gezielt gestärkt
1000 werden. Hierzu wollen wir Genossenschaften als Betriebsform im gewerblichen
1001 und im Dienstleistungssektor besonders fördern. Auch Landesbeteiligungen
1002 sollen möglich sein, um Insolvenzen, aber auch den Ausverkauf von
1003 strategisch wichtigen Unternehmen an Spekulanten zu verhindern und so
1004 langfristig Arbeitsplätze zu sichern.

1005 • Wir setzen auf den Ausbau einer guten und nachhaltigen Berufsausbildung
1006 sowie akademischen Aus- und Weiterbildung sowie auf attraktive Angebote zur
1007 Rückgewinnung abgewanderter Fach- und Arbeitskräfte. Wir wollen die
1008 Fachkräftesituation, Weiterbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten,
1009 Mitbestimmung und Tarifbindung als entscheidende Ansiedlungskriterien bei
1010 Förderentscheidungen stärken. Wir haben den Meister/innenbonus und die

- 1011 Meister/innengründungsprämie eingeführt und wollen diese weiterentwickeln
1012 sowie stetig evaluieren, um das Handwerk weiter zu stärken.
- 1013 • Wir werden innovative Start-ups mit Blick auf lokale und nachhaltig sozial-
1014 ökologische Wirtschaftsbereiche auch bei Ausgründungen aus
1015 Forschungsverbänden und bei „smarten“ Anwendungen unterstützen
1016 (Inkubatoren). Mit einem Fördergesetz für kleine und mittlere Unternehmen
1017 wollen wir die vorhanden Maßnahmen bündeln und zielgenau auf deren
1018 Bedürfnisse ausrichten – etwa auf Vernetzung, Vertriebsstrukturen,
1019 Marketing, Marktzugänge, Digitalisierung und Finanzierung.
- 1020 • Wir werden Arbeit und Erfolge von Unternehmerinnen und Gründerinnen
1021 sichtbarer machen, um Frauen zur Selbstständigkeit zu ermutigen.
- 1022 • Wir wollen, dass Beratungsangebote und Publikationen mindestens
1023 zweisprachig vorgehalten werden, um Migrantinnen und Migranten den Weg in
1024 die Selbstständigkeit zu erleichtern.
- 1025 • Wir werden anonyme Meldemöglichkeiten für Verstöße gegen den Arbeits- und
1026 Infektionsschutz am Arbeitsplatz schaffen und die entsprechenden
1027 Kontrollkapazitäten der Gewerbebehörden und Ordnungsämter ausbauen, sowie
1028 Amtshilfe anderer Behörden ermöglichen.
- 1029 • Wir werden Klein- und Kleinstunternehmen, die nicht unter die Bedingungen
1030 der zu prüfenden Thüringer Eigenkapitalgesellschaft (TEK) fallen, gesondert
1031 unterstützen. Es werden ergänzende Darlehen für zusätzlichen
1032 Liquiditätsbedarf über die Thüringer Aufbaubank unbürokratisch und ohne die
1033 Hürde einer Hausbank zur Verfügung gestellt. Zur Bewilligung soll eine
1034 fachkundige Stellungnahme des Unternehmens durch die örtlichen IHK/HWK
1035 erstellt und herangezogen werden. Da die Auswirkungen der Lockdowns bei
1036 zahlreichen Unternehmen erst in einigen Jahren sichtbar werden, wollen wir
1037 dieses Programm als unbürokratische geförderte Finanzierung von
1038 Kleinstunternehmen beibehalten.

1039 Den Digitalisierungsschub für einen digitalen Aufbruch nutzen

1040 Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern die
1041 fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft in Thüringen mit der
1042 finanziellen Förderung eines umfassenden Breitbandausbaus, dem Pilotprojekt für
1043 ein freies kommunales WLAN-Netz in Gera und unserer bis 2025 reichenden
1044 Glasfaserstrategie befördert. Anschlüsse im Gigabitbereich erhalten
1045 Gewerbegebiete und Unternehmen bis 2022, alle Bildungseinrichtungen bis 2023,
1046 alle Verwaltungseinrichtungen bis 2024 und spätestens 2025 auch alle anderen
1047 Gebäude. Statt Insellösungen zu schaffen, binden wir Anliegerinnen und Anlieger
1048 sofort an.

1049 Die Corona-Krise hat uns noch einmal eindringlich den bestehenden Nachholbedarf
1050 gezeigt. Die infrastrukturellen Lücken müssen geschlossen und viele in den
1051 Schubladen liegenden Konzepte endlich umgesetzt werden. Wir sehen die
1052 gleichberechtigte Teilhabe aller am digitalen Leben als Teil der sozialen Frage

1053 im 21. Jahrhundert. Deshalb ist die Digitalisierung ein Teil der öffentlichen
1054 Daseinsvorsorge. Wir werden den vielen Freifunkinitiativen in Thüringen und den
1055 anderen Trägern in öffentlicher Hand flächendeckend kostenfreie Zugänge zum
1056 Internet zur Verfügung stellen und sie mit ihren Erfahrungen und Erwartungen in
1057 den weiteren Prozess der Digitalisierung verstärkt mit einbinden.

1058 Die Digitalisierung hat einerseits geholfen, die negativen Auswirkungen der
1059 erforderlichen Gesundheitsschutzmaßnahmen zu minimieren. Andererseits haben
1060 Homeoffice, digitaler Unterricht und Studium, digitale Verwaltung,
1061 gesellschaftliche, politische, geschäftliche und private Videokonferenzen neue
1062 Perspektiven aufgezeigt, zeitweise die Umwelt- und Klimabelastung reduziert. Sie
1063 haben aber zugleich neue Fragen und Probleme aufgeworfen.

1064 Wir, DIE LINKE. Thüringen, ziehen aus diesen Erfahrungen die Konsequenz, den
1065 digitalen Aufbruch zur Nutzung seiner fortschrittlichen Potenziale weiter zu
1066 forcieren und uns zugleich intensiv mit den damit verbundenen neuen Problemen
1067 auseinanderzusetzen.

1068 Die Corona-Krise verlangt die umfassende Nutzung von Homeoffice überall dort,
1069 wo das möglich ist. Gleichzeitig muss diese Arbeitsform mit entsprechenden
1070 Voraussetzungen für die Beschäftigten verbunden werden. Bei Homeoffice muss
1071 grundsätzlich die Notbetreuung von Kindern im Kindergarten ermöglicht werden.
1072 Der digitale Unterricht von Schülerinnen und Schülern ist so zu gestalten, dass
1073 die Arbeit der Eltern auch tagsüber möglich ist. Homeoffice bleibt aber auch für
1074 die Zukunft ein wichtiger Entwicklungspfad, vor allem für einen Gewinn an
1075 Freizeit für die Beschäftigten, von mehr Zeit für Kinder und Familie, für Bildung
1076 und Kultur sowie Sport. Wesentlich aus ökologischen Gesichtspunkten ist eine mit
1077 dem Homeoffice einhergehende Verkehrsvermeidung. Dazu sind zukünftig
1078 detaillierte arbeitsrechtliche Regelungen zu treffen. In den Industrie- und
1079 Wirtschaftsbereichen, wo Homeoffice auch derzeit nicht möglich ist, sind durch
1080 die Unternehmen verbindliche Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten,
1081 insbesondere die regelmäßige Bereitstellung von Tests, zu gewährleisten.

1082 • Wir werden die Digitalisierung der Wirtschaft weiter unterstützen und in
1083 der Verwaltung vorantreiben. In diesem Zusammenhang wollen wir klare
1084 Rahmenbedingungen zur Stärkung von Open Source setzen, Monopolbildungen
1085 vermeiden und regional verankerte Softwareunternehmen unterstützen. Wir
1086 wollen eine intensive Debatte über die Bedingungen initiieren, unter denen
1087 wir die Digitalisierung vorantreiben wollen. Das betrifft vor allem Fragen
1088 des Datenschutzes, der Beteiligung und Mitbestimmung der Beschäftigten, des
1089 Arbeitsschutzes sowie klima- und ressourcenschonender Lösungen (z.B.
1090 Energiesiegel für Server).

1091 • Wir werden darauf hinwirken, dass im Rahmen der digitalen Verwaltung die
1092 Daten der Thüringerinnen und Thüringer geschützt sind und bleiben. Dies
1093 erfordert hohe Schutzstandards im Öffentlichen Dienst und die Aufklärung
1094 der Bürgerinnen und Bürgern, denn Datenschutz geht alle an. Die Menschen in
1095 Thüringen müssen darauf vertrauen können, dass staatliche Stellen sparsam

1096 und sorgfältig mit ihren Daten umgehen. Die Entscheidung über eine
1097 Datenweitergabe muss von ihnen selbst getroffen werden. Staatliches Handeln
1098 muss transparent sein, nicht die Bürgerinnen und Bürger. Zur Kontrolle
1099 wollen wir für das Landesamt für Datenschutz mehr Kompetenz und mehr
1100 Personal.

- 1101 • Wir wollen in Thüringen bei der Einführung der Mobilfunktechnologie der 5.
1102 Generation (5G) vorangehen. Davon sollen nicht nur städtische, sondern vor
1103 allem die ländlichen Räume rasch profitieren. Wir werden weiterhin für eine
1104 umfassende Netzneutralität streiten, damit der Zugang zu schnellen
1105 Datenwegen nicht vom Geldbeutel abhängig gemacht wird. Wir unterstützen
1106 Initiativen, die Breitbandversorgung aus der Hand weniger
1107 Telekommunikations-konzerne in öffentliches Eigentum zu überführen oder
1108 genossenschaftlich zu organisieren.
- 1109 • Wir werden anonyme Meldemöglichkeiten für Verstöße bei Arbeits- und
1110 Infektionsschutz am Arbeitsplatz schaffen und die entsprechenden
1111 Kontrollkapazitäten der Gewerbebehörden und Ordnungsämter ausbauen, sowie
1112 Amtshilfe anderer Behörden ermöglichen.

1113 **Neustart des Thüringer Tourismus: Perspektiven für die Zeit nach der** 1114 **Pandemie**

1115 Tourismus ist für viele Menschen ein wichtiger Bestandteil ihres Lebens.
1116 Bedürfnisse nach Erholung, Bildung, Gesundheit, Kultur, Sport und Natur werden
1117 durch ihn gelebt. Reisen lokal wie international sind immer auch mit
1118 interkulturellen Erfahrungen und Austausch verbunden. Wir, DIE LINKE. Thüringen,
1119 stehen für einen sozial gerechten, barrierefreien und ökologisch verantwortbaren
1120 Tourismus.

1121 Die Tourismuswirtschaft ist mit rund 100.000 Beschäftigten ein wichtiger Zweig
1122 der Thüringer Wirtschaft. Sie ist infolge der Corona-Pandemie in eine schwierige
1123 Lage geraten. Bereits vor Corona war die Thüringer Tourismuswirtschaft im
1124 Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe vermehrt mit Schließungen bzw.
1125 Betriebsaufgaben von kleinen und mittleren Beherbergungs- und Gastronomie-
1126 betrieben insbesondere im ländlichen Raum konfrontiert. Hier fehlen
1127 Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger, um die altersbedingte Schließung
1128 von Betrieben zu verhindern.

1129 Nicht nur infolge der Pandemie, sondern auch aus ökologischen Gründen wird sich
1130 der Tourismus verändern müssen. Hieraus ergeben sich neue Möglichkeiten und
1131 Chancen die wir, DIE LINKE. Thüringen, gemeinsam mit allen Beteiligten für einen
1132 Neustart des Thüringer Tourismus nutzen wollen. Für diesen Neustart schlagen wir
1133 folgende Eckpunkte vor:

- 1134 • Wir wollen einen sozialen Neustart des Tourismus. Wir treten dafür ein,
1135 dass Jede und Jeder die Möglichkeit haben muss, zu verreisen. Derzeit kann
1136 sich in Deutschland fast die Hälfte der Bevölkerung keine Urlaubsreisen
1137 mehr leisten. Wir wollen einen sozialen Tourismus, der insbesondere

- 1138 Familien, Alleinerziehende mit Kindern sowie Kinder- und Jugendreisen
1139 fördert. Die jährliche Schulfahrt soll in jeder Klassenstufe zum
1140 obligatorischen Bildungsprogramm gehören. Für Menschen mit Behinderungen
1141 wollen wir eine umfassende Barrierefreiheit in der gesamten touristischen
1142 Kette erreichen.
- 1143 • Wir wollen einen ökologischen Neustart im Tourismus. Der derzeitige
1144 Tourismus leidet nicht nur unter ökologischen Risiken und Katastrophen, er
1145 verursacht sie mit. Wir schlagen deshalb die Förderung eines vorrangig
1146 sanften und ressourcenschonenden Tourismus vor. Damit wollen wir
1147 Unternehmen und Betriebe im Tourismussektor mit ganzjährigen Angeboten
1148 unterstützen. Ein Schwerpunkt soll dabei die Entwicklung touristischer
1149 Angebote in strukturschwachen ländlichen Gegenden sein.
 - 1150 • Wir wollen einen Neustart des Thüringer Tourismus mit guter Arbeit. Gute
1151 Arbeit heißt Betriebsräte und Tarifverträge für die im Tourismus
1152 Beschäftigten. Der gesetzliche Mindestlohn muss auch in der
1153 Tourismuswirtschaft ebenso wie das Arbeitszeitgesetz uneingeschränkt
1154 gelten. Jede Aufweichung lehnen wir ab. Wir wollen Anreize schaffen, um die
1155 Neu- bzw. Wiedergründung von Unternehmen im Gaststättengewerbe attraktiv zu
1156 machen. Hierfür schlagen wir die Einführung eines „Gastrobonus“ in Höhe von
1157 mindestens 15.000 Euro je Neugründung bzw. Unternehmensnachfolge eines
1158 Gastronomie- oder Beherbergungs-gewerbes vor. Voraussetzungen für die
1159 Auszahlung sind ein entsprechendes unternehmerisches Konzept sowie eine
1160 qualifizierte Ausbildung entsprechend des gültigen Branchenverzeichnisses
1161 sowie eine tarifgerechte Entlohnung der Beschäftigten.
 - 1162 • Wir sehen für einen Neustart des Thüringer Tourismus eine Intensivierung
1163 der begonnenen Zusammenarbeit der Thüringer Tourismusregionen (DMOs) als
1164 zwingend notwendig an. Eine höhere Aufenthaltsdauer von Touristinnen und
1165 Touristen und damit eine höhere Wertschöpfung wird es nur geben, wenn es
1166 gelingt, die Potenziale der Regionen als Kerne der Vermarktungs- und
1167 Landestourismusstrategie 2025 zu etablieren und deren Finanzierung auf der
1168 Grundlage von Konzepten dauerhaft und auskömmlich zu sichern.
 - 1169 • Wir wollen für einen Neustart des Thüringer Tourismus neue Wege gehen und
1170 müssen unsere vorhandenen Möglichkeiten nutzen, um Thüringen auf dem
1171 umworbene deutschen Tourismusmarkt zu präsentieren. Mit den
1172 Weltmeisterschaften im Biathlon und im Rodeln 2023 hat Thüringen
1173 herausragende sport- und tourismuspolitische Events, die für eine zentrale
1174 Vermarktung auf nationalen, aber auch auf internationalen Märkten genutzt
1175 werden können. Wir werden dafür sorgen, dass alle anstehenden Investitionen
1176 im Sport- und Tourismusbereich zur Durchführung dieser Veranstaltungen
1177 finanziell untersetzt und abgesichert sind, um so die Attraktivität der
1178 Region für einen Ganzjahrestourismus zu erhöhen.

1179 **Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Thüringen ist Sportland**

1180 Sport gehört selbstverständlich zum Leben vieler Thüringerinnen und Thüringer.
1181 Nahezu 360.000 Kinder, Jugendliche, Frauen und Männer betätigen sich sportlich
1182 in rund 3.400 Vereinen. Der Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert
1183 die gesunde Lebensweise und das Miteinander. Die Sportvereine fördern die
1184 gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen gesellschaftlichen Gruppen.
1185 Der Sport lebt vom ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen. Die Erfolge
1186 unserer Spitzensportlerinnen und Spitzensportler begeistern und animieren als
1187 Vorbilder zum Sporttreiben. Die systematische Förderung des
1188 leistungsorientierten Kinder- und Jugendsports (Nachwuchsleistungssport) ist
1189 eine wesentliche Grundlage für das Erreichen von internationalen
1190 Spitzenleistungen.

1191 Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden die Sportlerinnen und Sportler und ihre
1192 Verbände und Vereine auch weiterhin auf allen Ebenen umfassend unterstützen.

1193 Die Folgen der Pandemie waren sind für den Sport besonders deutlich spürbar und
1194 stellen Vereine, Verbände, Sportschulen und den Sport insgesamt vor neue, nie
1195 gekannte Herausforderungen. Seit dem Frühjahr 2020 war die Durchführung von
1196 Trainings- und Wettkampfveranstaltungen kaum bis gar nicht möglich.

1197 Vereine des Breitensports, des Profi- als auch semiprofessionelle tätige Vereine
1198 stehen noch heute vor großen finanziellen Herausforderungen. Sowohl mit der
1199 Soforthilfe des Landes Thüringen als auch mit der durch den Landtag
1200 beschlossenen Überbrückungshilfe wurde mehr als 300 Vereinen in ganz Thüringen
1201 geholfen. Wir wissen, dass die bisherigen Unterstützungen nicht ausreichen, weil
1202 sie nur einen kleinen Beitrag zur Problemlösung leisten konnten. Nur die
1203 engagierte und umsichtige Arbeit der ehren- und hauptamtlich tätigen Mitglieder
1204 der Vereine hat noch stärkeren Auswirkungen der Krise entgegenwirkt. Wir kennen
1205 die existenziellen Nöte und wir sind uns bewusst, dass der Umfang und die Folgen
1206 der weitreichenden Einschränkungen, keine oder wenige Zuschauer*innen, Verlust
1207 von Sponsoren, etc. große Risiken beinhalten. Wir, DIE LINKE. Thüringen, nehmen
1208 diese dramatische Situation sehr ernst. Wir werden uns dieser stellen gemeinsam
1209 mit und für den Breiten- und Spitzensport Lösungen finden.

1210 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern
1211 das Thüringer Sportfördergesetz als eines der modernsten Sportfördergesetze
1212 in der Bundesrepublik Deutschland auf den Weg gebracht. Wir werden
1213 daraufhin wirken, dass es gerade unter den pandemischen Bedingungen in all
1214 seinen Bestandteilen und ohne Abstriche umgesetzt wird. Besondere Bedeutung
1215 hat dabei die kostenlose Nutzung der Sportanlagen für Vereine, für den
1216 Trainings- und Wettkampfbetrieb. Das betrifft ebenso die im
1217 Sportfördergesetz festgelegte Erstellung von Sportstättenleitplänen durch
1218 die Kommunen. Sie sind die Voraussetzungen für einen Abbau des bestehenden
1219 Sanierungsstaus bei Sport- und Spielanlagen. Hierbei wollen wir die
1220 umfassende Nutzung aller vorhandenen Bundesmittel und die schrittweise
1221 weitere Aufstockung der Landesmittel für die Sanierung und den Neubau von
1222 Sport- und Spielstätten erreichen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
1223 Bundesregierung endlich den seit langem versprochenen „Goldenen Plan

- 1224 Sportstätten Ost“ auf den Weg bringt und mit den erforderlichen
1225 finanziellen Mitteln untersetzt.
- 1226 • Wir werden alle Aktivitäten unterstützen, mit denen die Thüringer
1227 Sportanlagen auf den höchsten internationalen Stand gebracht werden, um dem
1228 stark umworbene Markt Rechnung zu tragen. Damit sichern wir weit über das
1229 Jahr 2023 hinaus internationale Wettkämpfe im Thüringer Wald. Die Oberhofer
1230 Leistungssportanlagen sind zwingende Voraussetzung, um die
1231 spitzensportlichen Ergebnisse der vergangenen Jahre Thüringer Sportlerinnen
1232 und Sportler weiterhin auch möglich zu machen. Dazu gehört auch, dass
1233 internationale Wettkämpfe zukünftig in Oberhof stattfinden können. Mit dem
1234 Schießsportzentrum auf dem Suhler Friedberg besitzt Thüringen eine
1235 deutschlandweit und international anerkannte Sportstätte, die in den
1236 vergangenen Jahren zu vielen internationalen Wettkämpfen Gastgeber war. Wir
1237 wollen diesen Standort erhalten und modernisieren und hierfür die
1238 erforderlichen Maßnahmen ergreifen. Dazu gehören neben der institutionellen
1239 Förderung auch die gezielte Ertüchtigung bzw. Neubau der eigentlichen
1240 Sportstätten. Unser Ziel ist es, bis zum Jahre 2030 die Voraussetzungen
1241 dafür zu schaffen, dass nach dem Jahr 1986 eine zweite Weltmeisterschaft
1242 auf dem Suhler Friedberg durchgeführt werden kann.
 - 1243 • Wir werden die Stiftung Thüringer Sporthilfe als eine wichtige Partnerin
1244 für die Entwicklung des Thüringer Sports und vor allem des
1245 Nachwuchsleistungssports weiterhin unterstützen. Auch sie war und ist von
1246 der Corona-Pandemie betroffen und kann nur dann weiter erfolgreich
1247 arbeiten, wenn auch zukünftig die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen,
1248 um junge Sportlerinnen und Sportler sowie Trainerinnen und Trainer fördern
1249 zu können. Wir werden uns für eine finanzielle Stärkung der Thüringer
1250 Sporthilfe aus Landesmitteln einsetzen und die Suche nach Sponsorinnen und
1251 Sponsoren (Kuratorinnen und Kuratoren) aktiv unterstützen.
 - 1252 • Wir werden dafür sorgen, dass diese gezielten Förderungen des
1253 Leistungssports und der dafür notwendigen Sportanlagen auch künftig nicht
1254 zu Lasten des allgemeinen Breitensports gehen. Eine wichtige Voraussetzung
1255 sowohl für den Breiten- als auch für den Leistungssport ist der Schulsport.
1256 Wir wollen, dass zukünftig vom Grundschulbereich bis zur gymnasialen
1257 Oberstufe sowie in den berufsbildenden Schulen drei wöchentliche
1258 Sportstunden durchgängig in die Lehrpläne aufgenommen werden. Wir
1259 unterstützen die Weiterführung von „Jugend trainiert für Olympia“.
 - 1260 • Wir wollen für den nicht organisierten Sport die Bewegungsangebote in der
1261 Natur und im öffentlichen Raum weiter öffnen und die Angebote fördern, die
1262 für jede und jeden zugänglich sind.
 - 1263 • Wir werden uns für die Wertschätzung und Anerkennung von sportlichen
1264 Leistungen, unabhängig vom Geschlecht, einsetzen. Sport ist leider auch
1265 heute noch eine Männerdomäne. Das macht sich vor allem in der Entlohnung,
1266 sei es in Form von festen Einkommen, der Vergabe von Fördermitteln oder von

1267 Sach- sowie Geldpreisen für erzielte Leistungen bemerkbar. Sportlerinnen
1268 erhalten trotz derselben sportlichen Leistungen eine geringere monetäre
1269 Wertschätzung. Diese Art des geschlechterspezifischen Lohngefälles im Sport
1270 muss beseitigt werden.

1271 Land und Stadt gemeinsam – Thüringens Regionen stärken

1272 Starke städtische Zentren wie Erfurt und Jena sind wie viele kleine und mittlere
1273 Städte zentrale Orte in unserem ländlich geprägten Thüringen. Diese bunte
1274 Vielfalt zeichnet unseren Freistaat aus. Wir, DIE LINKE. Thüringen, spielen die
1275 Regionen des Landes nicht gegeneinander aus, sondern verstehen die Unterschiede
1276 als unsere gemeinsame Stärke. Wir denken Stadt und Land zusammen, alle Menschen
1277 sollen in jedem Thüringer Ort gut leben können. Egal wo – Jede und Jeder braucht
1278 Zugang zu verlässlicher medizinischer Versorgung, schnellem Internet, Waren des
1279 täglichen Bedarfs, Schule und Bildung und ein ansprechendes soziales und
1280 kulturelles Umfeld. Abgehängte Regionen darf es nicht geben.

1281 Wir setzen deshalb mit unserer zukunftsweisenden Landesentwicklungsplanung auf
1282 eine nachhaltige, umweltbewusste und soziale Wirtschaftspolitik und die
1283 Förderung von erneuerbaren Energien im Einklang mit der Natur. Wir werden die
1284 Beteiligungsrechte von Kommunen, Einwohnerinnen und Einwohnern und Verbänden
1285 verbessern und bei Planungsverfahren die Akteurinnen und Akteure vor Ort noch
1286 besser einbinden, um damit die Landesentwicklung transparenter gestalten.
1287 Entscheidende Elemente sind für uns ein gesetzlich verankerter Stopp des
1288 Flächenverbrauchs, die Belebung der Ortskerne sowie die Weiterentwicklung einer
1289 umweltschonenden, energie- und kosteneffizienten Infrastruktur. In der kommenden
1290 Wahlperiode werden wir in einem umfassenden Beteiligungsprozess einen neuen
1291 Landesentwicklungsplan für Thüringen erarbeiten.

1292 Wir achten darauf, dass die neuen Entwicklungen auf den verschiedenen Gebieten
1293 auch an die progressiven Thüringer Traditionen anknüpfen, weil wir die Identität
1294 unseres Landes als einem demokratischen Zusammenschluss unserer Region mit ihren
1295 großen kulturellen, wissenschaftlichen, sozialen, wirtschaftlichen und
1296 technologischen Leistungen stärken und für die Zukunft nutzen wollen.

1297 • Wir werden die Internationale Bauausstellung IBA weiterhin unterstützen.
1298 Sie leistet einen wichtigen Beitrag zur Ideenfindung und
1299 Zukunftsentwicklung unseres Landes. Mit dem Thema „StadtLand“ und den
1300 Schwerpunkten „LeerGut“, „SelbstLand“ und „ProvinzModerne“ werden Projekte
1301 wie das Demokratie-Gedenkprojekt in Schwarzburg oder die Wiederbelebung des
1302 Industriedenkmals „Eiermannbau“ in Apolda entwickelt und umgesetzt. Die
1303 Projekte der IBA dienen der Begleitung des gesellschaftlichen
1304 Transformationsprozesses im Zuge von demografischem Wandel, Urbanisierung
1305 und Digitalisierung. Mit der IBA werden konkrete Orte in ländlichen
1306 Gebieten Thüringens wiederbelebt und einer neuen Nutzung zugeführt. Die
1307 Ideen und Aktivitäten der IBA wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen
1308 mit der Stadt- und Dorfentwicklungsplanung verknüpfen. Wir wollen die
1309 Breitenwirkung der IBA und ihren konkreten Nutzen für alle Thüringerinnen

1310 und Thüringer wesentlich verstärken. Unser Ziel ist die Etablierung eines
1311 europäischen Bauhauses in Weimar.

1312 • Wir werden die von der rot-rot-grünen Koalition und dem linksgeführten
1313 Infrastrukturministerium eingeschlagene Landesentwicklung fortsetzen, die
1314 die ländlichen Räume stärkt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen
1315 Landesteilen herstellen will. Das betrifft die Versorgung mit Wasser,
1316 Energie, Telekommunikation, die Rettungsdienste, die Anbindung an den
1317 öffentlichen Nahverkehr. Das betrifft auch die Grundversorgung mit sozialen
1318 Dienstleistungen wie Kindergärten, den Zugang zu Sport, Kultur, Bildung
1319 oder der ärztlichen Versorgung. Neben den Städtebauförderprogrammen des
1320 Bundes werden wir mit ergänzenden Landesprogrammen unsere Maßnahmen zur
1321 Stärkung ländlicher Gebiete, von der Sanierung des Vereinshauses bis hin zu
1322 Rückbaumaßnahmen von dauerhaft leerstehenden Gebäuden weiterführen.

1323 **Unsere Dörfer haben Zukunft**

1324 Dorf oder Stadt?! Wo wollen wir leben? Über diese Fragen entscheidet oft die
1325 vorhandene Infrastruktur. Wir, DIE LINKE. Thüringen, haben den Anspruch, allen
1326 in Thüringen lebenden Menschen den Zugang zu den Grundelementen des Alltags zu
1327 sichern, egal wo sie leben. Dazu gehören ein lebendiges Gemeinwesen und
1328 kulturelle Angebote sowie Sport- und Freizeiteinrichtungen. Eine gute Anbindung
1329 der Dörfer an die Städte durch den Ausbau einer modernen Infrastruktur bleibt
1330 daher ein wichtiges Ziel für uns.

1331 • Wir werden den Dialog mit den Menschen vor Ort fortsetzen, denn nur so
1332 können ihre Ideen und Anregungen (zum Beispiel Dorfgewerkschaften) in
1333 die Dorfentwicklungsplanung einfließen, die wir mit ihnen gemeinsam
1334 gestalten wollen. Wir wollen die Dorfentwicklungsplanung in Zusammenarbeit
1335 mit den Kommunen mit der Sozialplanung verknüpfen.

1336 • Wir wollen die demografische Entwicklung als Chance zur Umgestaltung
1337 nutzen. Wir werden altersgerechte, barrierefreie Zugänge zu allen
1338 Lebensbereichen schaffen und ausbauen und das Ehrenamt stärken. Mit einer
1339 entsprechenden Sozialplanung soll ein gutes Zusammenleben der Generationen
1340 gefördert und die Attraktivität des ländlichen Raums für junge Familien
1341 erhöht werden. Als ersten Schritt haben wir hierfür das Landesprogramm
1342 „Solidarisches Zusammenleben der Generationen“ auf den Weg gebracht.

1343 • Wir wollen mit den unterschiedlichen Förderinstrumenten eine ganzheitliche
1344 Entwicklung ländlicher Räume erreichen. Durch die Verknüpfung
1345 unterschiedlicher Förderprogramme, durch den Einsatz von Förderlotsinnen
1346 und -lotsen wollen wir gerade die Kommunen im ländlichen Raum aber auch
1347 Vereine und Initiativen noch gezielter unterstützen.

1348 **Investitionen statt Schuldenbremse – Solidarischer und gerechter**

1349 **Landeshaushalt**

1350 Haushaltspolitik ist kein Selbstzweck, sondern dient der Umsetzung politischer

1351 Ziele. Eine gerechte und soziale Gesellschaft, die für alle ein gutes Leben
1352 ermöglichen will, braucht Investitionen: Geld für Kindergärten und Schulen,
1353 soziale und kulturelle Infrastruktur, gute Verkehrswege, Krankenhäuser,
1354 auskömmliche Beratungs- und Interventionsstrukturen für den Schutz vor Gewalt an
1355 Frauen, Kindern und LSBTTIQ*, für öffentlichen Personenverkehr, barrierefreies
1356 und gutes bezahlbares Wohnen, für attraktive Kommunen und einen handlungsfähigen
1357 Staat. In der gegenwärtigen Corona-Krise setzen wir, DIE LINKE. Thüringen, auf
1358 wirksame Maßnahmen für soziale Sicherheit, gute Arbeit, lebenswerte Kommunen und
1359 die ausreichende Finanzierung für die erforderlichen Neueinstellungen
1360 insbesondere von Lehrerinnen und Lehrern.

- 1361 • Wir wollen gerade in der gegenwärtigen Krise Planungssicherheit und einen
1362 Haushalt, der Stabilität garantiert und progressive Gestaltung für die
1363 Zukunft des Landes ermöglicht. Wir wollen mit unserer Haushaltspolitik die
1364 Wirtschaft verstärkt fördern und unterstützen, sozial-ökologisch umsteuern
1365 und damit die notwendigen Veränderungen in unserer Gesellschaft erreichen.
1366 Wir setzen uns für einen sozialen und ökologischen Transformationsfonds
1367 ein, mit dem der notwendige industrielle Strukturwandel begleitet wird.
- 1368 • Wir wollen die Schuldenbremse überwinden, damit die Länder und damit auch
1369 Thüringen zur Finanzierung dieser Aufgaben auch Kredite aufzunehmen können.
1370 Heute unterlassene Zukunftsinvestitionen belasten künftige Generationen
1371 finanziell und ökonomisch um ein Vielfaches. Demgegenüber profitieren sie
1372 von moderner Infrastruktur, modernen Bildungseinrichtungen, nachhaltigem
1373 Wirtschaften, Klimaschutzmaßnahmen, für die wir heute die Grundlagen legen
1374 müssen. Nicht die Aufnahme von Krediten gefährdet also die Zukunft, sondern
1375 der Verzicht darauf, in die Zukunft zu investieren. Gerade die Corona-Krise
1376 zeigt uns die Konsequenzen des neoliberalen Kaputtsparens. Der nach der
1377 Krise notwendige ökonomischen Neustart braucht dringend Investitionen.
- 1378 • Wir haben gezeigt, dass Rot-Rot-Grün haushaltspolitisch
1379 verantwortungsbewusst handelt, indem wir 2019 gegen große Widerstände einen
1380 Landeshaushalt für das Jahr 2020 auf den Weg brachten und damit
1381 Planungssicherheit und Stabilität gewährleisten. Unser Ziel sind
1382 weiterhin öffentliche Haushalte mit hohen Investitionen, wenn möglich der
1383 Abbau von Schulden und die Vorsorge vor künftigen Risiken. Wir wollen auch
1384 zukünftig in die Schwerpunkte unserer Politik investieren: Bildung und
1385 Wissenschaft, Umwelt, Arbeit und Soziales, Kultur und Kommunen. Wir werden
1386 die Landesanteile zur vollständigen Inanspruchnahme von EU-Mitteln und
1387 Bundesmitteln sichern.
- 1388 • Wir werden uns auf der Bundesebene zur Stärkung der öffentlichen Haushalte
1389 für eine gerechtere Steuerpolitik und die Umverteilung von oben nach unten
1390 mit entsprechenden Bundesratsinitiativen einsetzen. Wir wollen
1391 Steuerschlupflöcher schließen und eine Finanztransaktions- sowie
1392 Millionärssteuer einführen. Wir werden uns nach dem Ende der Corona-
1393 Pandemie einer Fortsetzung der Politik der „Schwarzen Null“ widersetzen,
1394 weil sie die dringend notwendigen Investitionen für eine sozial gerechte

1395 und ökologisch zukunftsfähige Entwicklung blockiert und deshalb ökonomisch
1396 unsinnig ist.

1397 Ostdeutschland – 30 Jahre nach dem Beitritt. Für einen neuen

1398 Aufbruch

1399 Mehr als 30 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik ist die
1400 Ungleichheit zwischen Ost und West noch immer nicht überwunden, sind tatsächlich
1401 gleiche Lebensverhältnisse nicht hergestellt, sind zu wenige Menschen aus dem
1402 Osten in bundesdeutschen Spitzenpositionen. Die Renten, Löhne und Gehälter sind
1403 im Osten und auch in Thüringen niedriger, die Tarifbindung geringer. Vor allem
1404 aber fehlt es an einem respektvollen Umgang. Die Menschen im Osten haben sich
1405 die Demokratie selbst erkämpft. Viele Thüringerinnen und Thüringer haben einen
1406 Erfahrungsvorsprung mit einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel, der
1407 bisher zu wenig anerkannt und genutzt wurde und wird, um gegenwärtigen
1408 gesellschaftlichen Herausforderungen wie der Klimakrise gerecht zu werden. Der
1409 einfache Nachbau West ist gescheitert, weil mit ihm ein System auf
1410 Ostdeutschland übertragen wurde, ohne die 1990 bestehende Chance zur Überwindung
1411 seiner Fehlentwicklungen: soziale Ungerechtigkeit, ökologische Probleme,
1412 ökonomische Krisen, zu nutzen.

1413 DIE LINKE ist die Partei mit der höchsten Sachkompetenz für den Osten. Wir haben
1414 uns seit 1990 kontinuierlich dafür eingesetzt, dass die Ungleichheit zwischen
1415 Ost und West überwunden und tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse hergestellt
1416 werden. Für die anderen Parteien war der Osten lange Zeit ein billiger
1417 Arbeitsmarkt und eine verlängerte Werkbank. Sie haben den Osten für ihre
1418 neoliberale Politik des Sozialabbaus instrumentalisiert. Nur wir haben immer und
1419 immer wieder klar benannt, dass diese Politik nach dem bis heute nicht
1420 aufgearbeiteten Treuhand-Desaster zu Rentenungerechtigkeit, zu zerrissenen
1421 Familien (Pendelzwang) und zu Deindustrialisierung führte; ebenso, dass Hartz IV
1422 im Osten noch verheerendere Folgen hatte, als in anderen Teilen der
1423 Bundesrepublik.

1424 Wir setzen auf das insbesondere in den jüngeren Generationen deutlich werdende
1425 neue ostdeutsche Selbstbewusstsein. Mit ihm geht es nicht nur um einen
1426 kritischen Blick auf Realsozialismus, Nachwende-Zeit und Treuhand-Politik. Es
1427 geht um einen neuen Aufbruch für soziale und ökologische Veränderungen, um das
1428 so wichtige Engagement für eine solidarische Gesellschaft – im Osten wie im
1429 Westen.

1430 Thüringen hat seit dem Antritt der rot-rot-grünen Landesregierung mit Bodo
1431 Ramelow als Ministerpräsident seit 2014 im Bundesrat, gegenüber den
1432 westdeutschen Ministerpräsidentinnen und -präsidenten und der Bundesregierung
1433 endlich eine solide Interessenvertretung.

1434 • Wir, DIE LINKE. Thüringen, werden weiterhin dafür eintreten, dass die
1435 Angleichung der Lebensverhältnisse spürbar vorangebracht wird. Das gilt
1436 vorrangig für die Rentenangleichung durch das Schließen der Rentenlücke und

- 1437 die Beseitigung von Rentenungerechtigkeiten. Wir stehen an der Seite der
1438 Beschäftigten, wenn sie gegen Betriebsschließungen, für höhere Tarifbindung
1439 und -abschlüsse kämpfen, um die Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West zu
1440 überwinden. Wir wollen die Tarifbindung stärken und einen höheren
1441 Mindestlohn. Gleicher Lohn für die gleiche Arbeit in Ost und West und
1442 zwischen Männern und Frauen muss endlich Normalität werden.
- 1443 • Wir fordern die weitere Ansiedelung von Bundesbehörden in Thüringen und
1444 mehr Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen im Osten. Der Bund muss die
1445 Länder bei den Kosten für die Bundesfernstraßen, der Schulbauförderung, bei
1446 der konsequenten Digitalisierung der Schulen, beim Qualitätsausbau unserer
1447 Kindergärten, den Energiekosten und bei der Reduzierung umweltpolitischer
1448 Altlasten ebenso stark unterstützen, wie bei der Unterbindung der
1449 Finanzspekulation mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen
1450 Flächen. Er muss anstelle der ostdeutschen Länder die Kosten der DDR-
1451 Versorgungslasten in seiner Rechtsnachfolge übernehmen. Das dadurch
1452 freiwerdende Geld werden wir in Bildung und Infrastruktur investieren.
 - 1453 • Vor allem geht es jedoch um die Anerkennung der Lebensleistungen der
1454 Menschen in Thüringen und in Ostdeutschland – vor und nach 1989/90. Die
1455 hier gemachten Erfahrungen, positiv wie negativ, müssen als Bestandteil der
1456 bundesdeutschen Gesellschaft anerkannt und respektiert werden – und sie
1457 müssen sich in politischen und gesellschaftlichen Debatten widerspiegeln.
1458 Das erfordert, ostdeutsche Erfahrungen und Lebensleistungen in ihrer
1459 Gesamtheit und Vielfalt ernst zu nehmen.

1460 **Gute Rente für alle**

- 1461 Wir, DIE LINKE. Thüringen, wollen eine grundsätzliche Neuausrichtung in der
1462 Rentenpolitik. Niemand darf im Alter arm sein, ganz gleich ob infolge von
1463 Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung, Pflege von
1464 Angehörigen oder der Dauer der Berufstätigkeit. Jede und jeder soll im Alter in
1465 Würde leben können. Unser Einsatz für gute Arbeit und gute Löhne sowie einen
1466 gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 13 Euro pro Stunde ist zugleich ein
1467 Kampf um eine gute Rente. Die gesetzliche Rente muss den Lebensstandard im Alter
1468 sichern und wirksam vor Armut schützen.
- 1469 Rentenpolitik ist Bundespolitik. Wir unterstützen die Forderungen der
1470 Rentenpolitik der Partei DIE LINKE auf Bundesebene. Wir wollen eine
1471 abschlagsfreie Rente ab 65 und die Möglichkeit eines Renteneintritts mit 60
1472 Jahren bei mindestens 40 Beitragsjahren. Die Rente muss zu einer steuer- und
1473 beitragsfinanzierten Leistung ausgebaut und das Rentenniveau von derzeit 48
1474 Prozent auf 53 Prozent erhöht werden. Hierfür schlagen wir eine
1475 Erwerbstätigenversicherung vor. Die Zeiten der Erwerbslosigkeit und der
1476 Kindererziehung, besonders von Alleinerziehenden, sowie der Pflege, wollen wir
1477 besser absichern. Gebrochene Erwerbsbiografien müssen bei der Ausgestaltung der
1478 sozialen Absicherung besser berücksichtigt werden. Wir stehen weiter an der
1479 Seite der in der DDR geschiedenen Frauen und setzen uns für das Schließen von

1480 Überführungslücken in der Rentenüberleitung bei bestimmten Personen- und
1481 Berufsgruppen in Ostdeutschland ein. Wir wollen eine solidarische Mindestrente
1482 von mindestens 1.050 Euro pro Monat.

1483 Wir wollen, dass die Abgeordneten des Thüringer Landtages künftig in allen
1484 steuerrechtlichen und sozialversicherungsrechtlichen Fragen mit allen
1485 Berufstätigen gleichgestellt werden und Beiträge in die sozialen
1486 Versicherungssysteme einzahlen.

1487 **Für ein solidarisches Europa – gerade in Zeiten der Krise**

1488 Erneut steckt die Europäische Union in einer tiefen Krise, das Corona-Virus hat
1489 die europäischen Gesellschaften fest im Griff. Fast alle Länder kämpfen mit
1490 massiven Wirtschaftseinbrüchen und der Überforderung ihrer Gesundheitssysteme.
1491 Zu Beginn der Corona-Krise haben die EU-Institutionen vollständig versagt.
1492 Völlig vertragswidrig blieb nur der Kapitalverkehr unbehindert und frei. Viele
1493 andere europäische Rechte wurden außer Kraft gesetzt, bis hin zur Verweigerung
1494 vertraglich fixierter Warenlieferungen.

1495 Die Bürgerinnen und Bürger – die Gesellschaften als Ganzes - bekommen nun die
1496 Konsequenzen der neoliberalen Sparpolitik der vergangenen Jahrzehnte zur Rettung
1497 von Banken und Investmentfonds zu spüren. Vor allem in den
1498 Mittelmeeranrainerstaaten befinden sich die Krankenhauskapazitäten auf einem
1499 historischen Niedrigstand, ganz zu schweigen von der Gesundheitsversorgung im
1500 ländlichen Raum. Dies ist wesentlich auch auf die Vorgaben der EU
1501 zurückzuführen, im Sozial- und Gesundheitsbereich zu sparen und zu
1502 privatisieren. Die Arbeitslosenzahlen steigen in allen Ländern. Besonders
1503 betroffen sind wiederum die südeuropäischen Länder.

1504 Mit einer solchen Politik wird die Europäische Idee zur Makulatur. Die Suche
1505 nach Lösungen für die Menschen in Europa wird nationalen Egoismen untergeordnet.
1506 Die europäische Idee hat dadurch Schaden genommen. Auch die
1507 Finanzierungsgrundlage der EU für die nächsten Jahre steht noch auf der Kippe,
1508 eine menschenwürdige Lösung der Notlage der Geflüchteten an ihren südlichen
1509 Grenzen kann oder will sie nicht herbeiführen. So kann es nicht weiter gehen!

1510 Wir LINKE wollen ein solidarisches Europa. Wir halten an der Idee einer offenen
1511 und immer stärker integrierten sozialen Union fest und wollen gleichwertig gute
1512 Lebensverhältnisse in allen Teilen der EU. Nur in und mit ihr können in der
1513 globalisierten Welt Umwelt- und Klimaschutz, die gerechte Verteilung von Löhnen
1514 und Renten und ein an den Interessen der Nutzerinnen und Nutzer orientierter
1515 Daten- und Verbraucherschutz realisiert werden.

1516 Die gute Entwicklung Thüringens in den letzten Jahren ist nicht zuletzt auch den
1517 EU-Mitteln zu verdanken. Die Programme zur Infrastrukturentwicklung und
1518 Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung haben dazu einen wesentlichen Beitrag
1519 geleistet. Auch deshalb ist eine handlungsfähige und sozial gerechte EU wichtig
1520 für Thüringen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Folgebelastrungen der
1521 Corona-Krise innerhalb der EU gemeinsam und fair getragen werden. Wir streiten

1522 dafür, dass sich die Interessen Ostdeutschlands in den Strukturfonds abbilden
1523 und dass die demographische Entwicklung in den Regionen als besondere
1524 Herausforderung berücksichtigt wird. Wir setzen uns für eine Stärkung der
1525 Förderprogramme für Wirtschaft, Beschäftigung, Landwirtschaft und Bildung ein.
1526 Wir wollen eine ausgewogene Balance zwischen gemeinsamen Entscheidungen in
1527 Brüssel und gestärkter Verantwortung in den Regionen. Wir werden uns vermehrt
1528 und intensiv an europäischen Austauschprogrammen und Partnerschaften beteiligen,
1529 diese aktiv fördern und voranbringen.